

Schwerpunkte im Wintersemester



Organ des Marxistischen Studentenbundes SPARTAKUS

Okt. 73

Preis: Solidaritätsspende

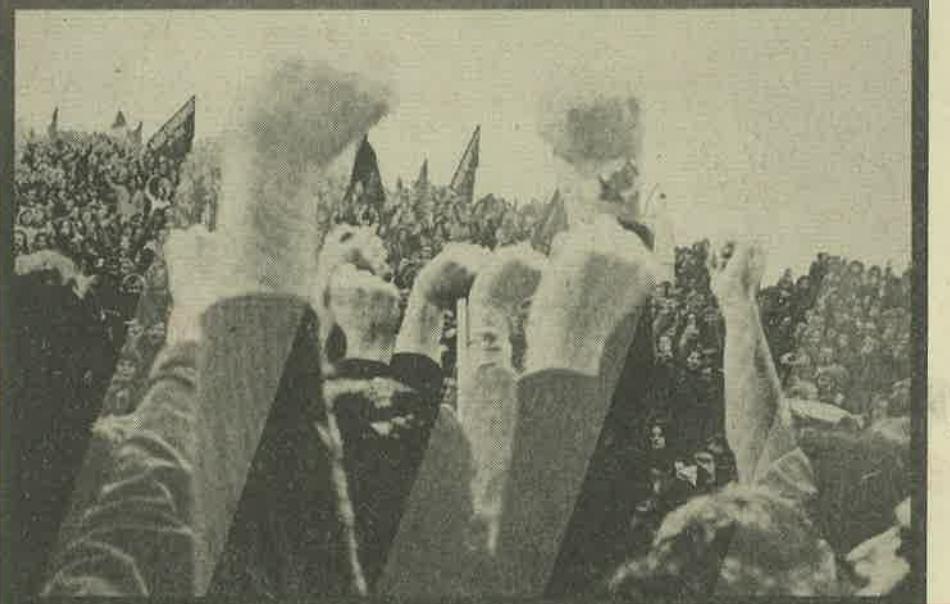
Meeting der Zweitausend:

**Werdet für Eure Interessen
aktiv – engagiert Euch!**

Aktionen:

- für die internationale Solidarität gegen den Imperialismus, gegen Kolonialismus und Faschismus, gegen die Massaker und politischen Verfolgungen in Chile
- gegen die Kalten Krieger und NATO-Strategen, für sofortige konkrete Abrüstungsschritte!
- für die völlige Aufhebung der Berufsverbote, gegen das Meinungsmonopol der Herrschenden!
- für BAföG-Erhöhung für 500,— Mark sofort, gegen Mieterhöhungen!
- gegen Numerus clausus, für Bildung statt Bomben!
- gegen Studienreglementierung – für demokratische Ausbildungsziele
- für Mitbestimmung und Demokratie an der Hochschule und im Betrieb!
- für die verfaßte Studentenschaft mit Beitragshoheit, Satzungsautonomie und dem Recht zur freien politischen Betätigung!

Welche Kampfaufgaben hat die Studentenbewegung in den nächsten Monaten zu bewältigen? Was steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen an den Hochschulen?



MSB SPARTAKUS MEETING

20. Okt. 73
10 Uhr
Dortmund
Westfalenhalle
Halle 3

Für die eigenen Interessen kämpfen
Mit der Arbeiterklasse verbünden
Solidarität
mit dem antiimperialistischen
Befreiungskampf

Wie sieht der Beitrag der Studenten zum gesamtgesellschaftlichen Kampf für grundlegende Verbesserungen der Lage der arbeitenden und lernenden Bevölkerung aus? — Diese Fragen gab es am 20. Oktober in der Dortmunder Westfalen-Halle eine Antwort. Aus fast allen Hochschulorten der Bundesrepublik kamen 2000 Studenten zum Meeting des SPARTAKUS — Mitglieder und, rund die Hälfte der Teilnehmer, Sympathisanten des Marxistischen Studentenbunds. Die Beiträge und Erfahrungsberichte aus den Kämpfen des vergangenen Semesters, die Einschätzung

der hochschulpolitischen Situation vor der Verabschiedung des Hochschulrahmen gesetzes aber auch die Erfahrungen, die die ausländischen Gäste aus der DDR, aus Finnland und aus Frankreich und die Sprecher der DKP und der SDAJ vermittelten konnten, führten zur zentralen Aussage des Meetings: zum Aufruf an die Studenten der Bundesrepublik. Dieser Aufruf und das Referat des Bundesvorstands des MSB SPARTAKUS, das von Christoph Straube gehalten wurde, sagen den Studenten: So kämpfen wir erfolgreich!

listischen Haltung des MSB Spartakus und der ganzen demokratischen Studentenbewegung entspricht, ist dieses Meeting heute zugleich eine Kampfansage an die Scharfmacher in Tel Aviv und ihre Helfershelfer auch in unserem Land, eine Demonstration der Solidarität mit der gerechten Sache der arabischen Völker!

Von dieser Versammlung ausgehend verdoppeln und verdreifachen wir unsere Anstrengungen, die Massenbewegung gegen die Mörderbande von Santiago weiter zu verstärken. Solidarität mit dem kämpfenden Volk in Chile!

Diese Solidarität verpflichtet zum Kampf gegen die Reaktion im eigenen Land! Die Sympathisanten der faschistischen Verfassungsbrecher von Chile brandmarken die Linkskräfte bei uns als „verfassungsfeindlich“ — und brechen selber die Verfassung durch Berufsverbote. Dieser ganze stickige Dunst von Verlogenheit, in dem sich Straub und Brandt, Kohl und Dohnanyi so gut verstehen, muß durchlüftet, die Berufsverbote müssen weggefegt werden!

Die Kraft, die Kanzler und Konzernherren den ruhigen Schlaf raubt, wird aktiv. Die kämpfenden Arbeiter haben unsere volle Solidarität!

In diesen Tagen spüren wieder viele Studenten: sie müssen Partei ergreifen. Partei für den gesellschaftlichen Fortschritt bei uns und in der ganzen Welt! Sie ziehen keinen künstlichen Trennungsstrich mehr zwischen ihrem demokratischen, antiimperialistischen Engagement und dem Kampf für die Verbesserung ihrer eigenen unmittelbaren Lage.

Das Studentenaktionsprogramm des SPARTAKUS findet noch mehr Verbreitung und Unterstützung. Und auch der Schritt in die Organisation, in den MSB Spartakus, wird von Monat zu Monat zunehmend, die Perspektive für fortschrittliche Studenten: Bei unserer Gründung im Mai 1971 hatten wir 1000 Mitglieder, auf unserem 2. Bundeskongress im Februar dieses Jahres zählten wir 3000, und Ende des vergangenen Semesters waren es bereits über dreihunderttausend!

Das Dortmunder Referat des SPARTAKUS-Bundesvorstands

An den Hoch- und Fachhochschulen hat das Wintersemester begonnen. Tausenden, die Ärzte, Sozialarbeiter oder Lehrer werden wollen, wurde die Tür vor der Nase zugeknallt. Zehntausende Studenten sollen sich jetzt mit neuen, verschärften Studien- und Prüfungsordnungen anfreunden. Die Hochschulorte stehen im Zeichen der Zimmersuche. Die Mieten, auch in den Wohnheimen, klettern wieder. Während die Preissteigerungen selbst den Bafoß-Höchstsatz zur Farce gemacht haben, erleben zahllose Studenten jetzt die böse Überraschung, daß sie — auf Grund nominaler Einkommenserhöhungen ihrer Eltern — plötzlich nur noch lächerliche Mark-

beträge ausbezahlt bekommen. Darüber wird jetzt in den Seminarräumen und Mensaschlangen gesprochen. Damit werden auch wir uns heute auf diesem zentralen Meeting beschäftigen. Denn es gilt, gegen die Schuldigen an dieser traurigen Lage an den Hochschulen unverzüglich den Kampf zu organisieren! Aber die Studenten diskutieren in diesen Tagen nicht nur über ihre eigenen unmittelbaren Probleme. Die Verschärfung der internationalen Lage erscheint den meisten nicht als „Aufeinanderschlägen der Völker“ hinten weit in der Türkei“. Deshalb, und weil es der internationa-

Nicht resignieren, ducken, ausflippen – sondern kämpfen

Aber wir müssen alle Seiten der Wirklichkeit sehen. Es gibt an den Hochschulen auch andere Tendenzen, Stimmungen der Enttäuschung. Manche Studenten lassen sich durch Mißerfolge von politischen Aktivitäten abschrecken, sie resignieren und ballen die Faust nur in der Tasche. Ihnen erscheint der herrschende Clan der Großkapitalisten übermächtig, die Arbeiterbewegung dagegen zu schwach. Dabei genügt schon ein Blick auf andere kapitalistische Staaten wie Frankreich, Italien und Japan, um zu erkennen, daß die Arbeiterklasse zu einer starken revolutionären Kraft werden kann.

Auch die Lage in der Studentenbewegung selber ist nicht immer so, wie viele fortschrittliche Studenten das gerne hätten: Da gibt es die Tatsache, daß viele kleine Bewegungen an einzelnen Seminaren manchmal unkoordiniert oder sogar konzeptionslos neben- und nacheinander verlaufen; da gibt es die ständigen Angriffe pseudorevolutionärer Gruppen auf die Einheit der Stu-

dentenbewegung; da scheint es sich manchmal schon gar nicht mehr zu lohnen, Vollversammlungen zu besuchen.

So etwas hält natürlich manch einen interessierten Studenten schon von vornherein davon ab, aktiv zu werden: Er findet zwar vieles von dem, was die Linken fordern, richtig, kann sich aber nicht dazu aufraffen, etwas zu tun. Vor allem für Erstsemester ist die Art der Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen politischen Richtungen in der Studentenschaft häufig ziemlich enttäuschend.

Der politische Druck der Herrschenden auf die Studentenbewegung führt bei manchen Studenten zu dem Trugschluß, es sei effektiver, sich mit den unbefriedigenden hochschulpolitischen und gesellschaftlichen Verhältnissen erst einmal zu arrangieren. Doch wann wurde durch Stillhalten und Anpassung je etwas verändert? Den Studenten, das bestätigen alle Erfahrungen, würde die Pose des stillen Dulders oder Duckers nichts einbringen. Keinen Pfennig mehr

BaFöG, kein billiges Zimmer, keine qualifizierende Ausbildung, keine kritische Alternative zum BuF-Monopol, kein einziges Mitbestimmungsrecht.

Trotzdem: direkt oder indirekt tauchen jetzt immer wieder dieselben Fragen auf: Wie kann man die herrschenden Zustände verändern? Ist es wirklich sinnvoll, sich aktiv zu engagieren? Und: Wo muß man den Hebel ansetzen, um etwas zu erreichen?

Das Studentenaktionsprogramm des SPARTAKUS behandelt solche Fragen und beantwortet sie sehr konkret. Das wissen immer noch viel zu wenige Studenten.

Das Studentenaktionsprogramm beweist zügig, daß Studenten kämpfen müssen und wie sie kämpfen müssen, um ihre Lage zu verbessern, um sich wirksam gegen Unterdrückung und Ausbeutung in der Welt zu engagieren. Diese Aussagen werden durch die aktuelle politische Lage bestätigt. Sehen wir uns die Lage in der Welt, in unserem eigenen Land und an den Hochschulen an: Wir sehen, worauf es jetzt ankommt.

Für den Frieden: damit die imperialistische Aggression, der Krieg und das Wettrüsten eingestellt werden, um Frieden und Sicherheit in Europa und in anderen Regionen in der Welt zu festigen, damit die Welt auf dem Wege der friedlichen Koexistenz voranschreitet, damit das Recht der Völker, über ihr Schicksal selbst zu entscheiden, anerkannt wird und auf daß internationale Konflikte eine friedliche und gerechte Lösung finden.

Aus dem Ruf an die Weltjugend – auf dem X. Festival verlesen von Angela Davis

Für nationale Unabhängigkeit: damit dem Kolonialismus, dem Neokolonialismus und der Herrschaft der Monopole ein Ende gesetzt wird, um wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit zu erlangen und zu verstärken, damit die Reichtümer eines jeden Landes in den Dienst der nationalen und sozialen Entwicklung, in den Dienst des Volkes und der Jugend gestellt werden.

Für Demokratie und Freiheit: damit Faschismus und Neofaschismus geschlagen werden, damit der Diktatur, der Unterdrückung, der Apartheid und der Rassendiskriminierung ein Ende bereitet wird, damit überall die Grundfreiheiten und -rechte des Menschen anerkannt werden, für tiegreifende Veränderung der Gesellschaft und sozialen Fortschritt.

Für die Rechte der Jugend: damit der Unterdrückung, der Ausbeutung und der Diskriminierung der Jugend



ein Ende gesetzt wird, damit die junge Generation überall das Recht auf Arbeit und Studium, auf demokratische Bildung erhält, das Recht auf völlige Beteiligung an der Leitung der Gesellschaft, das Recht auf kulturvolles Leben und auf Freizeit.

Hoch die internationale Solidarität

Die Solidarität mit dem chilenischen Volk, die Unterstützung der internationalen Bewegung gegen den blutigen Terror der Junta, das ist jetzt die größte Pflicht der antiimperialistischen Kräfte, der demokratischen Studentenbewegung!

Chile ist Lehrstück dafür, wie es die Finanzmagnaten, Industriekapitäne und Großgrundbesitzer mit der Demokratie halten, wenn ihre Privilegien angeastet werden. Es ist Lehrstück, wie die Imperialisten auf den Verlust ihrer Ausbeutungsquellen reagieren. Blutiger Terror und faschistische Diktatur heißt ihre Antwort. In „ruhigen Zeiten“ beherrschen sie das Volk im Namen von „Freiheit und Demokratie“. Wenn das Volk ihre Herrschaft abschütteln will, bekommt — so der „Bayernkurier“, und der muß es wissen — das Wort „Ordnung“ für sie wieder einen „süßen Klang“. Für — wie es das „Handelsblatt“ formulierte — „ein höheres Maß an Stabilität“ schrecken sie dann selbst vor einem Blutbad nicht zurück. Es gibt eine Internationale der Reaktion, des Imperialismus, der Aggression. Wir sehen sie, wenn wir die „Welt“ oder die FAZ aufschlagen.

So schrieb die „Welt“ sechs Tage vor dem Putsch: „Henry Kissinger wird sich bald etwas einfallen lassen müssen, wenn die Abdrift der südlichen Nachbarn nicht ernstere Konsequenzen für Washington haben soll.“

Genauso gehen sie auch mit ihren israelischen Freunden durch dick und dünn. Die Bombardierung arabischer Städte und Dörfer, der Einsatz von Napalm, die widerrechtliche Besetzung arabischen Territoriums, die Weigerung, die legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina anzuerkennen, die seit Jahren andauernden Grenzprovokationen und Angriffe auf vornehmlich diejenigen Staaten, die die britischen und amerikanischen Ölkonzerne hinausgeworfen haben — das alles wird uns als „Notwehr“ verkauft, als nackter Existenzkampf, als — das ist allerdings schon etwas offener — Verteidigung „westlicher Wertvorstellungen“. Die Napalstrategen in Tel Aviv, die rassistischen Unterdrücker der arabischen und orientalisch-jüdischen Bevölkerung Israels, die Vertreter einer neuen Lebensraum-Ideologie, die engsten Verbündeten der „Antifaschisten“ von Saigon, Washington und Kapstadt, ausgerechnet ihnen soll unsere Sympathie verschafft werden, indem die Bonner Politiker und

die reaktionären Meinungsfabriken in unserem Land ausgerechnet sie als die Vollstrecker des Willens von 6 Millionen jüdischen Naziopfern erscheinen lassen!

Könnte die geschichtliche Wahrheit geschmackloser, ekelhafter auf den Kopf gestellt werden?

Die meisten Länder der Welt haben sich längst gegen das schändliche Spiel der herrschenden Kreise Israels gestellt. Die UNO-Beschlüsse legen Zeugnis davon ab.

Heute ist es völlig offensichtlich, wer sich gegen jede politische Lösung der Nahostkrise stemmt: die herrschenden Kreise Israels. Das israelische Volk ist nicht von seinen arabischen Nachbarn bedroht, sondern von den herrschenden zionistischen Kreisen in Tel Aviv.

Golda Meir und Moshe Dayan reagieren wie ihre Vorgänger und ihre Freunde: Wenn sie in die internationale Isolierung geraten, wenn sie ihre Felle davon schwimmen sehen, suchen sie den Ausweg in verschärfter Aggressivität.

Doch imperialistische Aggression ist nicht unbesiegbar! Sie kann dem nationalen Befreiungskampf der Völker immer weniger die Stirn bieten.

Das beweist heute bereits der Widerstand der arabischen Völker.

Das beweist der erfolgreiche Kampf gegen den portugiesischen Kolonialismus, der mit der Gründung der Republik Guinea-Bissau jetzt einen ersten Brückenkopf der nationalen Unabhängigkeit geschaffen hat.

Das beweist vor allem Vietnam!

Vietnam steht nicht nur für den Befreiungskampf eines Volkes gegen die stärkste imperialistische Macht der Erde, Vietnam steht auch für die Kraft der weltweiten Solidarität: für die große Hilfe der sozialistischen Länder, für die Massenbewegungen in den kapitalistischen Ländern. Die internationale Solidarität hat ein politisches Klima geschaffen, in dem die Fortsetzung der Aggression immer schwerer wurde. Dazu haben auch die demokratischen Kräfte unseres Landes und auch die Studentenbewegung wichtiges beigetragen!

Die ganze Breite und Stärke der weltumspannenden Bewegung für antiimperialistische Solidarität wurde auf den X. Weltfestspielen der Jugend und Studenten demonstriert, die vor 3 Monaten in Berlin/DDR stattfanden.

Diese Kraft muß jetzt erneut mobilisiert und vergrößert werden!



Die erste aktuelle Kampfaufgabe der Studentenbewegung heißt deshalb:

- Solidarität mit den arabischen Völkern!

Verstärkt die internationale antiimperialistische Solidarität!

Völlige Räumung aller besetzten arabischen Territorien durch Israel! Gewährleistung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina!

Wir fordern von der Bundesregierung, unverzüglich in der UNO dafür einzutreten, daß sich die israelische Regierung endlich einer politischen Lösung entsprechend den UNO-Beschlüssen beugt!

● Solidarität mit dem vietnamesischen Volk! Für die Freilassung der 200 000 KZ-Häftlinge Thieu! Strikte Einhaltung des Waffenstillstandsabkommens durch das Thieu-Regime!

Wir fordern von der Bundesregierung die unverzügliche diplomatische Anerkennung der Demokratischen Republik Vietnam! Anerkennung der Provisorischen revolutionären Regierung der Republik Südvietnam;

die Errichtung eines Informationsbüros der PRR in der BRD muß endlich zugelassen werden!
Beteiligt Euch an der Aktion der „Initiative Internationale Vietnam-Solidarität“ „250 000 DM für eine Schule in der DRV“!

Spendet Geld für den Wiederaufbau des von den US-Kriegsverbrechern zerstörten Landes!

● Unsere größte Aufgabe heißt: Solidarität mit dem chilenischen Volk! Stoppt den Terror der Junta!

Freiheit für Luis Corvalan und aller Gefangenen! Jede Universität ein Zentrum der Chile-Solidarität!

Wir fordern von der Bundesregierung: Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur chilenischen Junta! Keinerlei wirtschaftliche Unterstützung für die faschistischen Generale!

Übt materielle Solidarität mit den kämpfenden und verfolgten Arbeitern, Bauern und Studenten Chiles!

Der Spartakus verpflichtet sich heute auf diesem Meeting, 50 000 DM für Chile zu sammeln. Unterstützt diese Aktion!

Beteiligt euch an den Demonstrationen und Aktionstagen! Arbeitet mit in den örtlichen Chile-Komitees!

Freiheit für Chile!

Soziale Demontage

Arbeiter + Studenten in einem Boot

Nur wenige Wochen sind seit der großen Welle der spontanen Streiks vergangen. Doch schon wieder werden in den Betrieben Lohnforderungen beschlossen. Die Arbeiter lassen sich jetzt nicht so einfach abspeisen. Jetzt geht es um die reguläre Lohnrunde. Die Rechnung der Kollegen ist einfach und überzeugend: Um Reallohnverluste zu vermeiden, muß die Lohnerhöhung die Inflationsrate plus die inflationsbedingten Verluste aus der Lohnsteuerprogression und der Sozialversicherung ausgleichen. Zusammen ergäbe dies bereits eine Lohnförderung von über 11 Prozent. Nun ist aber im vergangenen Jahr die durchschnittliche Produktivität der westdeutschen Industrie um 7 Prozent gestiegen. Bei einer Lohnerhöhung von 11 Prozent würde also das Ergebnis der gesteigerten Arbeitsleistung vollständig in die Tasche der Unternehmer fließen. Erst bei einer Lohnerhöhung von 18 Prozent bliebe die Einkommensverteilung gegenüber dem Vorjahr unverändert. Nun würden aber selbst eingefleischte Unternehmerverbandsfunktionäre zugeben, daß die gegenwärtige Einkommensverteilung für den Arbeiter unbefriedigend und unannehmbar ist.

Wenn in diesen Tagen also die Belegschaften in den Betrieben Lohnforderungen von 18 bis 20 Prozent erheben, so sind diese Forderungen nicht nur berechtigt, sondern sogar bescheiden. Nicht diese Lohnforderungen sind es, die die Inflation anheizen. Die kapitalistische Profitwirtschaft der nationalen und internationalen Konzerne ist es, die heute die Preise in die Höhe treibt. Auch die Regierung dreht kräftig mit an der Preis-Profit-Schraube, vor allem durch den wahnsinnigen Rüstungs-

schon vor zwei Jahren zu niedrig. Die 420,— DM von 1971 sind heute real allerhöchstens noch 370,— DM wert. Außerdem kommen immer weniger Studenten in den „Genuß“ des BaFÖG-Höchstsatzes. Die zum Ausgleich der Inflationsverluste erkämpften Nominal-einkommenserhöhungen der Eltern las-

BAFÖG reicht hinten und vorne nicht – aber 1500,— im Monat für BuWe-Studenten

sen die meisten Studenten auf der Förderungsskala abwärts rutschen. Häufig geht das sogar so weit, daß der Anspruch auf Förderung verlorenginge; da das Nominaleinkommen der Eltern den Elternfreibetrag zu übersteigen beginnt. Den sinkenden Einnahmen vor allem der stipendienabhängigen Studenten stehen steigende Ausgaben gegenüber. Nicht nur in Gestalt steigender Lebenshaltungskosten, sondern auch alle Se-

und Staat — aber die Studenten sitzen in einem Boot mit den Arbeitern!

Immer breitere Kreise in der Arbeiterschaft und in den Gewerkschaften fordern jetzt einen Preis- und Mietstopp unter Kontrolle der Arbeiter und den Gewerkschaften, um von der Bekämpfung der Ergebnisse zur Bekämpfung der Quellen der Inflation vorzudringen. Solidarisieren wir uns mit dieser Forderung und den Streiks der Kollegen in den Betrieben! Nutzen wir alle in den Gewerkschaftsbeschlüssen vorhandenen Möglichkeiten, um gemeinsam mit den Arbeitern gegen die inflationsanheizende Rüstungspolitik vorzugehen. Als einzelner ist man den sozialen Mißständen hilflos ausgeliefert. Aber Solidarität untereinander und Solidarität mit den Arbeitern, — so können sich auch Studenten gegenüber Wohnungsnot und Mietwucher, Gebührenerhöhung und Inflation ihrer Haut wehren!

Die Kämpfe der Arbeiter bestätigen: Auch heute schon können so einzelne Teilerfolge errungen werden. Das Geld für die Behebung der Mißstände wäre vorhanden, nur ist es unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen in den falschen Händen und fließt in die falschen Kanäle. Vor allem natürlich in den Rüstungstopf. Aber auch auf kommunaler und Länderebene wird viel Geld gefahrbringend verschwendet. Zum Beispiel für die Besitzelung fortschrittlicher Organisationen durch den sogenannten „Verfassungsschutz“. Zum Beispiel für die Stipendien der Studierenden an den Bundeswehrhochschulen — dort beträgt der „Förderungssatz“ 1200 bis 1500 DM!

Die 4. Kampfaufgabe der Studentenbewegung in den nächsten Wochen und Monaten heißt deshalb:

Schluß mit dem Feldzug der Monopole und Ministerien auf die Taschen der Arbeiter, Lehrlinge und Studenten — für ein materiell gesichertes Studium!

- Verhindert die Erhöhung von Wohnheimmieten und Hochschulgebühren! Erste Beispiele beweisen: Mietstreiks können erfolgreich durchgeführt werden!

Doch so ein Kampf muß gut organisiert werden, wenn er erfolgreich sein soll. Möglichst alle Wohnheime in einer Stadt müssen bestreikt werden. Mietstreiks in einer Stadt sollten als Anlaß zum gleichgerichteten Aktionen in anderen Städten genommen werden, um die Front zu verbreitern. Dann kommt es darauf an, sich untereinander ständig auf dem laufenden zu halten, damit uns die Minister nicht gegeneinander ausspielen können. Die Streikenden brauchen die Solidarität aller übrigen Kommilitonen, damit sich niemand findet, der die höheren Mieten zu zahlen bereit wäre. Wendet Euch an die arbeitende Bevölkerung, erklärt ihr die Ziele Eures Kampfes!

- Anstelle leerer Versprechungen müssen jetzt Wohnheime gebaut werden! Möglichst ist das sofort — weist dies anhand der kommunalen und Länderhaushalte nach!

Folgt dem erfolgreichen Beispiel der Münsteraner Studenten und besetzt leerstehende Häuser, insbesondere Spekulationsobjekte! Das ist eine bewährte Sofortmaßnahme, mit der auch politischer Druck ausgeübt wird.

- Solidarität mit dem Kampf der Arbeiter um bessere Arbeitsbedingungen, Lohnerhöhungen und Inflationsausgleich! Durch gemeinsamen Kampf muß verhindert werden, daß die Kosten der Zugeständnisse, die der Staat uns vielleicht machen wird, auf die Rücken der Arbeiter abgewälzt wird!

• Lernen wir von den Arbeitern! Treten wir gemeinsam für einen Inflationsausgleich ein: Erhöhung der Förderungshöchstsätze sofort auf 500,— DM und der Elternfreibeträge sofort auf 1200,— DM! Allein zur bloßen Absicherung des sozialen Status quo ist jetzt die jährliche Anpassung der Freibeträge an die Nominallohnentwicklung und der Bedarfssätze an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten dringender denn je!

Machen wir unseren Protest gegen die bestehende Ausbildungsförderung unüberhörbar. An jeder Hochschule müssen öffentlichkeitswirksame Aktivitäten für unsere Forderungen entfaltet werden. Erheben wir diese Forderungen in allen sozialpolitischen Bewegungen, in jedem Miet- oder Gebührenstreik!

Die Durchsetzung unserer Minimalforderungen verbessert auch die Bedingungen für die Erkämpfung einer kostendeckenden Ausbildungsförderung.

Kampf der Inflationspolitik des Groß- und Rüstungskapitals — Erhöhung der BAFOG-Sätze jetzt!

boom! Gleichzeitig unterstützt sie den Unternehmerdruck auf die Arbeiter durch offene oder verdeckte Lohnleitlinien. Daß den Staatsorganen nicht die Garantie des Streikrechts, sondern die Garantie der Unternehmergevinne am Herzen liegt, bestätigen schließlich die Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter.

Der Kampf zwischen den Arbeitern und der Inflationskoalition von Großkapital und Staat — das ist doch eine Auseinandersetzung, in der wir mit drinstehten, in der wir Partei ergreifen müssen! Die Inflation mindert den Realwert der Löhne ebenso wie den der Stipendien.

Und das bei einem BaFG-Höchstsatz von 420,— DM! Dieser Betrag war

sich mit der Planung von Privatuniversitäten, wo der Zugang über die Personalbüros der Monopole geregelt wird.

Aber die demokratische Bewegung für eine demokratische Hochschulreform wird immer stärker. In vielen gleichgerichteten oder gemeinsamen Aktionen haben Lehrlinge, Schüler, Studenten, Eltern und Lehrer auf der Straße demonstriert. Dabei haben die programmatischen Forderungen der DKP für ein demokratisches Bildungswesen immer mehr Einfluß gewonnen. (Siehe Bildungs- und hochschulpolitische Programme der DKP.)

Eine materielle Absicherung ist Grundlage jeglicher Reform des Bildungswesens.

Dabei ist davon auszugehen, daß Bildungsaufgaben in Höhe von 8 Prozent des Bruttonsozialproduktes ein Minimum darstellen. Jedes Jahr, das jetzt ungenutzt verstreicht, vergrößert die Kosten für die Beseitigung des sich ständig vergrößernden materiellen Bildungsnotstandes. Auch die Worte von Dohnanyi, der nun nach angeblich genügender Förderung des Hochschulbereichs besonders die Berufsausbildung fördern will, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß hier der Arbeiterklasse demagogisch eine weitere Kürzung der Gesamtbildungsaufgaben schmackhaft gemacht werden soll. So sollen trotz dieser „reichlichen“ Förderung auch 1985 noch 5 Prozent der Schüler in Teilzeitschulen unterrichtet werden, wo für je 40 Schüler nur ein Lehrer vorhanden ist. Die notwendigen Finanzmittel dürfen nicht durch eine Belastung der werktätigen Bevölkerung erbracht werden. Sie sind aufzubringen durch:

- Kürzung des Rüstungsetats,
- Besteuerung der Konzernprofite,
- Neufestlegung der Haushaltsschwerpunkte in Bund, Länder und Gemeinden.

mester wieder in Form von Immatrikulationsgebührenerhöhungen und ähnlichem. Besonders hart aber werden die Studenten von den hohen Zimmermieten — auf dem privaten Wohnungsmarkt und in den Studentenwohnheimen — getroffen. Die unerschwinglichen Mieten gedeihen besonders prächtig durch die Knappheit von zur Verfügung gestelltem Wohnraum. Tausende von Studenten in der Bundesrepublik sind in diesen Tagen noch ohne Zimmer! Dabei könnte mit dem, was sich die Wohnungs- und Bodenspekulanten aneignen, ausreichender und billiger Wohnraum für Studenten und Arbeiter geschaffen werden.

Weder die Arbeiter noch die Studenten sitzen in einem Boot mit Unternehmern

5. Die Jugend hat ein Grundrecht auf eine sinnvolle Gestaltung ihrer Freizeit zu beanspruchen. Eingeordnet in ein einheitliches demokratisches Bildungswesen ist deshalb ein System sich an den Interessen der Jugendlichen und nicht der Kulturindustrie ausrichtendes System der Freizeitgestaltung zu schaffen.

Insbesondere auf kommunaler Ebene müssen geeignete Einrichtungen (Freizeithäuser, Hobbyräume, Sportstätten usw.) geschaffen werden.

Diese Einrichtungen sollen durch ausgebildete Fachkräfte geleitet werden, deren Aufgabe darin besteht, den jungen Menschen sowohl bei der Freizeitgestaltung als auch bei ihren persönlichen und gesellschaftlichen Problemen mit Rat und Hilfe zur Seite zu stehen.

An der Leitung und Kontrolle des Systems der Freizeitgestaltung sind die demokratischen Jugend- und Studentenorganisationen sowie die teilnehmenden Jugendlichen entscheidend zu beteiligen. Eine immer größere Bedeutung im Rahmen der Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten kommt dem Jugendtourismus zu. In der BRD entwickelt sich allerdings ein Jugend- und Studententourismus, der entsprechend den Gesetzen des kapitalistischen Marktes immer mehr kommerzialisiert wurde und der sich nicht in den Dienst der Festigung des Friedens, der gegenseitigen Verständigung und Zusammenarbeit stellt. Ziel des Jugend- und Studententourismus muß es jedoch sein, nicht nur individuelle Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten zu bieten, sondern darüber hinaus ein Programm anzubieten, das den Jugendlichen die Möglichkeit gibt, sich über Land und Leute zu informieren, und auf der Grundlage der antiimperialistischen Solidarität die internationale Zusammenarbeit und Freundschaft zu festigen und zu vertiefen.



Kumpel helfen Kommilitonen



(UZ) Unter der Losung „Solidarität der Ruhr-Kumpels mit den kämpfenden Studenten in Münster“ lieferten Bergarbeiter der Schachtanlage „Victor-Ickern“ aus Castrop-Rauxel eineinhalb Tonnen Kohle und Feuerholz in das Haus Frauenstraße 24 in Münster. Zuvor hatten schon andere Einwohner der Universitätsstadt Möbel und Öfen zur Verfügung gestellt. Das Haus war am 3. Oktober von 40 wohnungssuchenden Studenten besetzt worden.

4000 Studenten sind in Münster ohne Wohnung und unterliegen den Ausbeutungspraktiken skrupelloser Makler. Dem Asta der Universität Münster wurden zum Beispiel jetzt Zwei-Zimmer-Wohnungen mit 60 qm für 1400 DM Monatsmiete angeboten. Statt ausreichenden Wohnraum auch für Studenten zu schaffen, erklärte Dr. Halberstadt, Stadtbaurat in Münster, während einer Gerichtsverhandlung: „Studenten und Gastarbeiter-Familien gefährden das Wohnklima in den guten Wohngegenden von Münster.“

Andererseits stehen 30 durchaus noch bewohnbare Häuser in Münster leer, werden abgerissen, um unter anderem Bürohäuser Platz zu machen.

Wie geht es weiter an den Hochschulen?

Die Studenten Nordrhein-Westfalens haben gegen Rau's Rahmenprüfungsordnung gekämpft — was interessiert das die Studenten in Schleswig-Holstein?

Die Studenten in Bayern kämpfen mit großer Ausdauer gegen Maiers Hochschulgesetzentwurf — was kümmert das die Studenten in Hessen? Uns allen steht das Hochschulrahmengesetz der Bundesregierung ins Haus — muß das die Studenten Baden-Württembergs beunruhigen, die bereits unter einem Landeshochschulgesetz leben, das mindestens genauso schlimm wie das Bundesrahmengesetz ist?

Der ursprüngliche Plan der Herrschenden, Ihre Hochschulreform in einem Rutsch durchzusetzen, ist am Widerstand der demokratischen Kräfte im Bildungssektor sowie an den inneren Gegensätzen auf der Bonner Bühne gescheitert. Das hat aber für die Studentenbewegung auch neue Probleme mit sich gebracht, die Bedingungen des Hochschulkampfes sind heute von Bundesland zu Bundesland verschieden, und sie unterscheiden sich sogar zwischen den einzelnen Fachbereichen an einer Hochschule.

Kein Wunder, wenn es da immer wieder an der Solidarität innerhalb der Studentenbewegung hapert. Zu leicht übersieht man den Wald vor lauter Bäumen, sprich: Die gemeinsamen Probleme vor lauter unterschiedlichen äußeren Formen.

Die älteste Erfahrung der Studentenbewegung heißt: Solidarität ist der Schlüssel zum Erfolg. Solidarität innerhalb eines Fachbereichs, an einer Hochschule, im nationalen Maßstab. Solidarität setzt Einsicht in die Gemeinsamkeit der Probleme, die Gemeinsamkeit der Forderungen voraus. Das Gemeinsame, das heute die Lage an den Hochschulen charakterisiert, zu erkennen, ist nicht schwer: Im Kern handelt es sich um 4 Probleme:

- Studienreform
- Mitbestimmung
- Verfaßte Studentenschaft.

Die Konsequenz ist klar: Wenn die Studenten eines Fachbereichs oder auch eines Bundeslandes sich auf formale Abwehrforderungen beschränken, die nur die jeweiligen spezifischen Besonderheiten zum Ausdruck bringen, wird sich schwerlich eine solidarische Massenbewegung entwickeln können. Ja mehr noch: Auch ihre eigenen Kräfte werden in der Regel bald erlahmen, denn der Student will schließlich wissen, wofür

er kämpft. Konstruktive demokratische Alternativen zur Hochschulpolitik der Herrschenden statt Beschränkung auf formale Abwehrforderungen — das ist es, was die Studentenbewegung jetzt braucht!

Und das aus einem weiteren, tieferen Grund: In bestimmten Einzelfragen können die Studenten auf sich gestellt zwar Erfolge erringen, aber dauerhaften, demokratischen Fortschritt an der Hochschule wird es nur geben, wenn die Studenten die Unterstützung der Arbeiterklasse erhalten, wenn sie an der Seite der Arbeiterklasse kämpfen. Das ist die zweite Erfahrung, die die Studentenbewegung gemacht hat.

Die Arbeiter wollen wissen, wofür die Studenten kämpfen. Die Studenten werden nur für solche Forderungen die Unterstützung der Arbeiter bekommen, die ihre Unterstützung verdienen: Weil sie nämlich auch im Interesse der Arbeiter liegen. Forderungen, die das gemeinsame Interesse von Arbeitern und Studenten zum Ausdruck bringen, das können nur konstruktive demokratische Alternativen zur Hochschulpolitik der Herrschenden sein!

Wir sagen deswegen klipp und klar: Forderungen und Kampfmittel, die sich gegen die Interessen der Mehrheit der Studenten richten, die die Spaltung zwischen Arbeitern und Studenten vorantreiben, die die Studentenbewegung in die Sackgassen von Reformismus oder Sektierertum lenken, weil sie bürgerlich-beschränkt oder auf formale Ab-

wehr von Maßnahmen der Herrschenden fixiert sind und deshalb faktisch am Bestehenden festhalten, können keine Basis der Aktionseinheit sein. Die Aktionseinheit der Studentenbewegung an der Seite der Arbeiterklasse kann es nur auf dem Boden von konstruktiven demokratischen Alternativen geben! Das ist keine Behauptung, die der Spartakus in die Welt setzt! Das ist eine Feststellung, die durch die Erfahrungen der ganzen fortschrittlichen Studentenbewegung nachdrücklich bestätigt wird! Auf dieser Erkenntnis basiert das Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus.

Wenn die Mehrheit der Studenten solidarisch kämpft, kann sie Erfolge erringen. So ist es durchaus nicht ausgeschlossen, daß die autonomen Interessenvertretungsorgane der Studenten, die Organe der verfaßten Studentenschaft gegen die Angriffe der Herrschenden verteidigt und gestärkt werden können.

Doch wir dürfen uns auch keine Illusionen machen: In vielen Bewegungen haben wir Rückschläge einstecken müssen. Z. B. im Kampf gegen den Numerus clausus, im Kampf für gleichberechtigte Mitbestimmung. Das ist auch nicht verwunderlich, hier werden ganz elementare Interessen des Großkapitals im Bildungswesen und in der Gesellschaft berührt, und hier lassen sich die Herrschenden so schnell auf keine Zugeständnisse ein. Zwar können auch hier Teilerfolge errungen werden. Doch

grundlegende Änderungen auf diesen Gebieten erfordern eine Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen Fortschritt und Reaktion in der ganzen Gesellschaft. Die Hochschulen können nie rote Inseln im schwarzen Meer sein!

Das Kräfteverhältnis verändert sich aber nicht von alleine. Wir müssen erheblich dazu beitragen, indem wir beharrlich für unsere Forderungen eintreten, indem wir uns um das Bündnis mit der Arbeiterklasse bemühen. Deswegen brauchen wir Ziele, für die es sich zu kämpfen lohnt, für Studenten wie für Arbeiter: Demokratische Alternativen! Dies gilt es zu beachten, wenn wir in den kommenden Wochen daran gehen, den Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz zu organisieren. Das Großkapital braucht das Hochschulrahmengesetz: Zur planmäßigen und rationellen Verwaltung der materiellen Hochschulmisere, zur Regulierung der Studenten- und Schülerströme durch ein ausgeklügeltes NC-System, zu einer zur Kapazitätspolitik pervertierten Studienreform, zur Einfassung der Hochschulen in die Finanzplanung von Bund und Ländern, zur Verzahnung von Finanzplanung und „Studienreform“. Das Hochschulrahmengesetz ist eine zentrale, unverzichtbare Formierungsmaßnahme für das Großkapital. Es ist deshalb reaktionär und verdient nichts anderes als den entschlossenen Widerstand aller demokratischen Kräfte an den Hochschulen im Bündnis mit der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften.

Ob der Kampf gegen das Hochschulrahmengesetz erfolgreich durchgeführt wird, ob er uns Teilerfolge und eine Veränderung des Kräfteverhältnisses in Hochschule und Gesellschaft bringt, ob er eine Stärkung der demokratischen Studentenbewegung und ihrer Organe und Organisationen erbringt — alles hängt davon ab, ob die Studenten sich jetzt auf die gemeinsamen politischen Forderungen, auf die konstruktiven demokratischen Zielsetzungen einigen können, die die kleine Bewegung an einem Fachbereich mit der großen Bewegung gegen das Hochschulrahmengesetz verbinden, die die gemeinsamen Ziele aller fortschrittlichen Studenten — gleich unter welchen Bedingungen sie kämpfen — zum Ausdruck bringen! Es geht um die Solidarität und die Einheit der Studentenbewegung für die folgenden 4 Kampfaufgaben:

Wir fragen Sie, Herr Dohnanyi

Am 11. 9. haben Sie zu einer kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion Stellung genommen. Darin heißt es: „Teilt die Bundesregierung unsere Ansicht, daß der Marxistische Studentenbund Spartakus die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Grundgesetzes ablehnt und aktiv bekämpft?“

Ihre Antwort:

„Ja.“ Wenn Sie mit Ihrem kurzen und bündigen „Ja“ ausdrücken wollten, daß Sie keine Argumente für Ihre Ansicht haben, würden wir Ihnen zustimmen.

Doch wir möchten Ihnen Gelegenheit geben, Versäumtes nachzuholen. Wir legen Ihnen ein Exemplar unserer Grundsatzklärung und unseres Aktionsprogrammes bei und bitten Sie „Verfassungswidriges“ anzukreuzen.

Sie haben in Ihrer Antwort deutlich gemacht, daß Sie die Auffassung der CDU/CSU über den MSB Spartakus teilen. Sie wollen damit offenbar die von den Rechtsparteien geforderte „Koalition aller Demokraten“ wahrnehmen.

Eine Koalition mit jener CDU/CSU, die unverhüllt den Putsch chilenischer Faschisten-Generale („Generale als Nothelfer“) gegen eine legale Regierung Beifall zollte — ist das die „Solidarität aller Demokraten“? Es kann Ihnen doch nicht entgangen sein, daß diese CDU/CSU offen allen Demokraten und Sozialisten mit Gewalt und Terror droht. Selbst der Parteivorsitzende Willy Brandt ist dabei mit eingeschlossen.

„Sein (Allendes) klägliches Scheitern dient als Lehrstück für jene Verkünder eines demokratischen Sozialismus hierzulande, deren prominentester Kronzeuge Bundeskanzler Willy Brandt ist.“ (Deutsches Monatsblatt, 9/73, offizielles Organ der CDU.) Das „klägliche Scheitern“ heißt doch: Ermordung Allendes, Beschießung und Bombardierung von Fabriken, Konzentrationslager, Massenmord, Verbot aller demokratischen Parteien.

Sie wollen eine Koalition mit jener CDU/CSU, deren Fraktionsvorsitzender Carstens der Bundesregierung vorwarf, sie würde alte Freundschaften zu Spanien und Portugal zerstören. Ob Carstens dabei die alte Freundschaft von Hitler und Franco im Auge hat?

Wir fragen Sie, Herr von Dohnanyi: Ist das die „Koalition aller Demo-

kraten“ mit einer CDU/CSU, die sich faschistischen Diktaturen gegenüber wohlwollend verhält, mit einer CDU/CSU, die zum Sammelbecken aller ultrarechten Kräfte geworden ist? Sprechen Sie dieser Partei das Recht zu, darüber zu urteilen, wer Verfassungsfeind ist oder nicht?

Wir fragen Sie: Wer bricht das Grundgesetz?

Nach den Art. 3 und 13 des Grundgesetzes darf niemand wegen seiner politischen, weltanschaulichen oder religiösen Überzeugung benachteiligt werden. Auch nicht beim Zugang zu öffentlichen Ämtern. Dennoch werden Berufsverbote für demokratische und sozialistische Lehrer, Hochschullehrer und Richter verhängt.

Eine Praxis, die ihresgleichen nur in Spanien, Portugal und Griechenland hat. Was ist das denn anderes als offener Verfassungsbruch?

Wir müssen Sie weiter fragen: Wer betreibt denn ständig die Auslöschung des Grundgesetzes, wem sind die Grundrechte ein Dorn im Auge?

Hat der MSB Spartakus die Notstandsgesetze, mit denen eine Militärdiktatur nach griechischem Vorbild errichtet werden könnte, erlassen oder die Große Koalition? Schlägt nicht von den im Bundestag vertretenen Parteien eingesetzte Enquete-Kommission eine weitreichende Revision des Grundgesetzes vor? Dabei sollen die Länderparlamente fast bedeutungslos, der Bundestag weitgehend entmachtet werden. Planungsinitiative und Planungstätigkeit sollen allein Sache der Regierung sein. Deutlich wird von der Kommission ausgesprochen, worum es geht: um die Herstellung der „gewünschten“ Deckungsgleichheit von verfassungsrechtlichen Strukturen einerseits und politischer und gesellschaftlicher Praxis“. D. h. die Verfassung soll an die Erfordernisse der großkapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse angepaßt werden.

Wir können als Resümee ziehen: Das Großkapital, die CDU/CSU, aber auch die SPD-Führung und die „Sozialliberale“ Koalition bosseln am Grundgesetz, amputieren immer mehr demokratische Rechte, versuchen die Verfassung ihres demokratischen antifaschistischen Inhalts zu entleeren.

Wir bekämpfen aktiv die reaktionäre Herrschaft einer kleinen Minderheit von Kapitaleignern über das Volk. Dabei verteidigen wir im Bündnis mit allen fortschrittlichen Kräften die demokratischen Rechte gegen die Angriffe des Monopolkapitals und der Reaktion.

Wir sind dafür, daß mit dem Sozialstaatsgebot endlich ernst gemacht wird und Schlüsselindustrien gem. Art. 155 GG in Gemeineigentum übergeführt werden. Wir sind im Gegensatz zur CDU/CSU der Meinung, daß verfassungsrechtliche Möglichkeiten zu einer auf Systemveränderung gerichteten Politik bestehen. Wir sind dafür, daß die Grundrechte erweitert werden, durch die Eröffnung der Möglichkeit von Volksbefragungen und Volksabstimmungen.

Wir sind dafür, daß alle diejenigen Veränderungen des Grundgesetzes wieder rückgängig gemacht werden, die demokratische Grundrechte einschränken: Die Notstandsgesetzge-

bung, das Verfassungsschutzgesetz, das Bundesgrenzschutzgesetz. Wir sind für die Aufhebung des Verbotsurteils gegen die KPD. Wir fordern die sofortige Aufhebung der verfassungswidrigen Ministerpräsidentenbeschlüsse über die Einstellung von Demokraten im öffentlichen Dienst. Wir treten für die Verwirklichung des Art. 20,1 GG „alle Macht geht vom Volke aus“ ein, wobei unserer Auffassung nach dieses Ziel nur im Sozialismus zu erreichen ist.

Für den Sozialismus traten auch die demokratische Arbeiterbewegung des vorigen Jahrhunderts, A. Bebel, W. Liebknecht ein. Dafür wurden die revolutionären Sozialdemokraten verfolgt und diskriminiert, die SPD war unter Bismarck 12 Jahre verboten.

Wir fragen Sie, Herr von Dohnanyi: Wollen Sie mit Ihren Angriffen auf den MSB Spartakus die Tradition des Bismarckschen Reiches fortsetzen? Wollen Sie einen Rückfall in

die Zeit des Kalten Krieges, mit der Bespitzelung und Verfolgung zehntausender Demokraten?

Im übrigen weisen wir Sie darauf hin, daß dem MSB Spartakus an der TH Aachen durch den Rektor die Aufstellung eines Informationsstandes verboten wurde. Begründung: Sie hätten erklärt, der MSB Spartakus sei verfassungsfeindlich. D. h. zu solchen Schikanen muß Ihre Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU herhalten. Ist das die von Ihnen gewünschte Art der politischen Auseinandersetzung?

Wir glauben, daß alle fortschrittlichen Kräfte in unserem Land, besonders alle Hochschulangehörigen ein Interesse an der Beantwortung der von uns gestellten Fragen an Sie haben.

In der Hoffnung auf Ihre Antwort verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Für das Sekretariat
des Bundesvorstands
Paul Schäfer



- Ich bitte um Informationsmaterial über den MSB
- Ich möchte zu einer Spartakus-Mitgliederversammlung am Ort eingeladen werden
- Ich möchte Mitglied im MSB Spartakus werden
- Ich bitte um ein Probeexemplar der roten blätter
- Ich abonniere die roten blätter (Preis je Exemplar 1,— DM)
- Ich abonniere facit (Preis je Exemplar 2,50 DM)
- Ich bestelle Exemplare des Programms für das gemeinsame Handeln der Studenten „Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden“ (Preis: mind. 50 Pfennig)

Name _____

Vorname _____

Hoch- bzw. FH-Schule _____

Ort _____

Straße _____

Unterschrift _____

Ausschneiden und einsenden an MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Postfach



Zerstörte Wohnhäuser in Damaskus nach einem israelischen Bombenangriff

Aggressor Israel Kurze Chronik israelischer Überfälle

So tritt Israel seit Jahren das Völkerrecht mit Füßen: unter dem Vorwand, sich „militärisch schützen zu müssen“ oder als „Vergeltung“ für Aktionen palästinensischer Freiheitskämpfer in den besetzten Gebieten Israels wird der Waffenstillstand vom Juni 1967 gebrochen, werden mörderische Überfälle auf die benachbarten Staaten unternommen. Hier die Beweise:

14. Juli 1967: Israelische Flugzeuge greifen die Stadt Suez an.

27. September 1967: Israelische Artillerie beschließt die ägyptische Stadt Ismailia, 36 Tote.

1. Dezember 1967: Israelische Düsenjäger greifen die Stadt Suez an.

21. März 1968: Israelische Armee überfällt das jordanische Dorf Karameh etwa 200 Tote.

4. August 1968: Israelischer Angriff auf das jordanische Gebiet Es-Salt, etwa 30 Tote.

12. Februar 1970: Israel bombardiert eine ägyptische Fabrik, 80 Tote.

8. April 1970: Israel bombardiert eine ägyptische Schule, 76 Tote.

14. April 1970: Luftüberfall auf eine ägyptische Schule, 31 Tote.

12. Mai 1970: Israelischer Luftangriff auf Südlibanon, 30 Tote.

September 1972: Israelische Luftangriffe auf Flüchtlingslager in Libanon und SZyrien, 61 Tote.

Januar 1973: Israelische Luftangriffe auf syrische Dörfer, 125 Tote.

21. Februar 1973: Israelische Kommando-Unternehmen in Nordlibanon, 13 Palästinenser werden ermordet. — Am selben Tage Abschuß einer libyschen Verkehrsmaßchine über Sinai, 108 Tote.

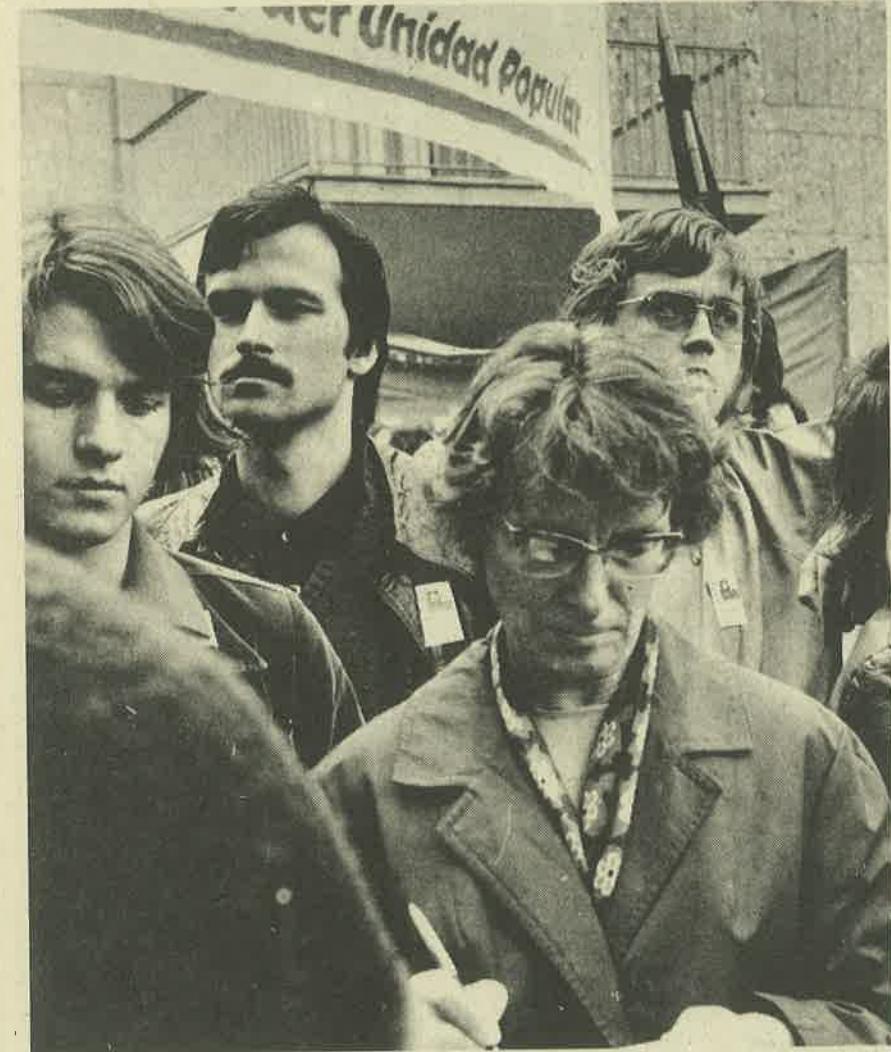
10. April 1973: Israelische Kommando-Überfälle auf Beirut, das libanesische Sidon und Flüchtlingslager im Libanon. 50 Menschen, unter ihnen führende Mitglieder palästinensischer Widerstandsorganisationen werden ermordet.

Resolution der europäischen Studentenverbände

Jede Hochschule ein Zentrum der Chile-Solidarität

Als Delegierte der europäischen nationalen Studentenverbände auf der beratenden Versammlung, die vom Sekretariat der IUS in Prag für den 4. Oktober 1973 zusammengerufen wurde, um den Plan der Aktionen zu diskutieren und koordinieren, die während des „Monats der Solidarität mit Chile“ durchgeführt werden sollen, und als weiterer Beschuß nach den Entscheidungen des Europäischen Jugend- und Studententreffens zur Solidarität mit Chile in Paris am 22. September 1973, versichern wir erneut die entschiedene, kämpferische Solidarität der europäischen Studenten mit dem heroischen Kampf des Volkes, der Jugend und Studenten Chiles gegen die faschistische Diktatur, die nach dem blutigen Sturz der demokratisch gewählten UP-Regierung und dem hinterhältigen Mord am verfassungsmäßig gewählten Präsidenten, Dr. Salvador Allende, die grausamsten Massaker an Tausenden von Patrioten, die die legitime Regierung heroisch verteidigt haben, inszenierte, und eine organisierte Kampagne des Terrors und Verfolgung in Gang setzte, um jeden Ausdruck demokratischer Opposition zu eliminieren.

Wir verurteilen, daß das faschistische Regime — an die Macht gekommen in Chile durch die direkte Unterstützung des Imperialismus und die amerikanischen Monopole, und unterstützt einzig von Bajonetten und organisiertem Terror — alle Parteien der UP, den CUT, Studentenorganisationen und andere Organisationen des Volkes außerhalb der Verfassung gestellt hat. Es fährt fort in seiner teuflischen Menschenjagd, Morden und Massenhinrichtungen Hunderter von politischen Gewerkschafts- und Studentenführern und Bewaffneten. Es hält Tausende von Patrioten in Gefängnissen und Konzentrationslagern gefangen, unterwirft sie barbarischen Folterungen und bedroht sie ständig mit dem Tode. Es hat Hunderte von demokratischen Führern und Persönlichkeiten



Jede Unterschrift hilft!
Jede Mark hilft!

andere Erziehungseinrichtungen bombardiert wurden. Die Junta hat ein Gesetz erlassen, mit dem eine totale Militarisierung der Universitäten erreicht werden soll, durch die Entlassung der gewählten Dekane und Rektoren und ihre Ersetzung

Chiles stark zu vergrößern und zu intensivieren; das kriminell faschistische Regime zu verurteilen, das Leben von Luis Corvalan und Tausender anderer Patrioten zu retten — den wertvollen Söhnen der Heimat von Gabriela Mistral, Pablo Neruda und Salvador Allende —, die Gefangene der Diktatur sind, und die faschistische Brutalität zu stoppen.

Kein Zurück zum

Kalten Krieg —

Abrüstung jetzt!

In der politischen Landschaft Europas haben sich in den letzten Jahren wichtige Änderungen vollzogen. Vieles, was die Reaktionäre jahrelang erbittert bekämpften, mußten sie nun gewähren lassen oder gar selbst unterzeichnen: die Verträge mit Polen und der Sowjetunion, das Abkommen über Westberlin, den Grundlagenvertrag mit der DDR, das Abkommen zwischen USA und UdSSR über die Vermeidung eines Atomkriegs. Die zweite Phase der europäischen Sicherheitskonferenz läuft auf vollen Touren. Die Bundesregierung ist mittlerweile auf Positionen eingeschwungen, für die noch in den 50er Jahren die Kommunisten ins Gefängnis geworfen wurden. Kurz: Das Blatt in der internationalen Politik wendet sich immer mehr zuungunsten der kalten Krieger und immer mehr zugunsten derjenigen, die von jeher — wie die sozialistischen Staaten — für Anerkennung der Grenzen, europäische Sicherheit und Abrüstung eintreten.

Der Grund dafür liegt in der gewachsenen Stärke der sozialistischen Länder. Er liegt auch darin, daß die Massen der Arbeiter und auch der Studenten die Nase voll haben vom kalten Krieg, daß sie eine neue Politik wollen, eine Politik der Anerkennung der bestehenden Grenzen, eine Politik des Friedens und der Abrüstung. Das haben sie bei der Ratifizierung der Verträge mit Massenaktionen unmissverständlich klargestellt.

Alte Tabus sind gefallen. Das Großkapital, die etablierten politischen Kräfte wissen sehr wohl, wer sie umgestoßen hat. Deswegen versuchen sie jetzt zu verhindern, daß die Lösung aus der Erstarrung des kalten Krieges auch auf die Innenpolitik übergreift. Denn wo die politische Entspannung Abrüstung ermöglicht, da ergeben sich für die arbeitende Bevölkerung neue Impulse, „die da oben“ nicht mehr widerspruchlos schalten und walten zu lassen, für soziale Sicherheit, Demokratie, Entspannung und Abrüstung selbst ak-

tiv zu werden, sich dabei gegen das Großkapital durchzusetzen.

Deshalb schlagen alle, die der Rüstung und dem Privateigentum an Produktionsmitteln verpflichtet sind, einen verschärften Rechtskurs in der Innenpolitik ein und versuchen, den Entspannungsprozeß abzubremsen oder in ihrem Sinne umzumodeln. Die CDU CSU marschiert dabei natürlich unangefochten an der „Spitze“, während sich die Bundesregierung in letzter Zeit viel einfallen läßt, um auf die Bremse des kalten Krieges treten zu können, ohne den Fuß vom Gaspedal der Entspannung nehmen zu müssen.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag, das die Grenze zur DDR — ganz wie weiland Adenauer — zu einer Ländergrenze erklärt wie der zwischen Hessen und Niedersachsen, ist von der Bundesregierung als verbindlich anerkannt worden.

Die CDU/CSU und Kräfte in der Bundesregierung versuchen fortwährend, Westberlin — entgegen dem Wortlaut des Viermächteabkommens — der Bundesrepublik durch die Hintertür einzurütteln und attackieren deshalb Wehners realistische, vertragskonforme Position.

Strauß und Carstens feuern gegen den Atomwaffensperrvertrag, weil sie durch ihn ihr Projekt einer westeuropäischen Atomstreitmacht gefährdet sehen. Willy Brandt hat sich bereits für die atomare Bewaffnung eines politisch vereinten Westeuropas ausgesprochen.

All das wird garniert mit einem antimuslimistischen Propagandafeldzug, einem wahren Konzert der Reaktion, in dem Springer, Strauß und Kohl den Ton angeben und der SPD-Vorstand für die Zwischentöne sorgt. Es sollte jeden fortschrittlichen Studenten mißtrauisch machen, wenn dieselben großbürgerlichen Politiker und Presseorgane, deren ungeheuerliche, zynische, menschenverachtende Kommentare zum faschistischen Putsch in Chile uns noch in den Ohren klingen, dieselben, die ständig

kreativen Führern und Persönlichkeiten, unter ihnen Dr. Enrique Kirburg, Exrektor der staatlichen technischen Universität, nach Alejandro Seikirk, Quiricana, Dawson und anderen Inseln exportiert. Durch ihre Belagerung beschleunigten die Faschisten den Tod eines der größten Männer in der zeitgenössischen Weltliteratur, Pablo Neruda. Während einer teuflischen Menschenjagd verhafteten sie vor kurzem den Generalsekretär der chilenischen kommunistischen Partei, Luis Corvalan, dessen Leben in den Händen der Diktatur in größter Gefahr ist. Die faschistische Junta ermordete brutal Hunderte von studentischen Mitgliedern der CPFUCH, die tapfer die Universitäten und Erziehungseinrichtungen verteidigten. In der staatlichen technischen Universität in Santiago allein wurden 600 Studenten umgebracht, während das pädagogische Institut von Chile und

durch Armeevertreter. Die Putschisten trampelten die demokratischen Rechte, Gesetze und die reiche Tradition des chilenischen Volkes nieder. Nicht nur die progressiven politischen Parteien wurden verboten, sondern auch die Aktivitäten der Christdemokraten und anderer rechtsextremen Parteien. Sogar das Parlament, das die reaktionäre Mehrheit besaß, ist aufgelöst worden. Nur Faschisten dürfen unter dem Faschismus frei ihre Tätigkeit ausüben.

Als Repräsentanten der europäischen Studenten appellieren wir an die Jugend und Studenten Europas, ungeachtet ihres Glaubens oder Ideologie, und an alle Menschen, die guten Willens sind, so wie an all jene, die für Freiheit, Demokratie und Fortschritt eintreten, die Solidarität, ihre politische und materielle Solidarität mit dem Volk und den Studenten

—

Wir appellieren an die Völker, Jugend und Studenten Europas — den Erben einer glorreichen Tradition antifaschistischen Kampfes — sich enger zusammenzuschließen und die internationale Kampagne für politische und materielle Solidarität mit dem Kampf der chilenischen Demokraten und Revolutionäre.

Macht die „Monat der Solidarität“ zu einer machtvollen Demonstration der Solidarität und Internationalismus der europäischen Studenten!

Macht jede Universität zu einem Zentrum der Solidarität mit Chile!

Chile ist nicht allein! Die Studenten Europas unterstützen das Volk und die Studenten Chiles! Solidarität mit dem Volk und den Studenten, die vertrauend auf den Sieg, den Banner des Widerstandes und der Hoffnung hochhalten, und rufen „Venceremos! — Wir werden siegen!“

Prag, Oktober 4, 1973

die Ziele der fortschrittlichen Kräfte und auch der Studentenbewegung der BRD verschweigen oder verfälschen, die den US-Krieg in Vietnam begrüßten oder ihre Freunde in Washington nicht kritisieren mochten, plötzlich ihr Herz für angeblich politisch unterdrückte Humanisten entdeckt zu haben vorzugeben.

Wie sehr muß eine politische Ordnung

auf den Hund gekommen sein, wenn sie in einer geradezu kampagneartig organisierten Welle des Antisowjetismus keine anderen Kronzeuge ihrer Ideale aufzutreiben kann als Leute wie Sacharow, die der Junta in Santiago den Willen zur „nationalen Wiedergeburt“ Chiles zuschreiben! Laßt euch nicht mißbrauchen! Laßt nicht zu, daß der

Entspannungsprozeß von einigen NATO-Strategen und ihren bewußten oder unbewußten Helfern sabotiert wird. Diese Leute gehen jetzt dazu über, immer ältere Klamotten in ihr Propagandamaterial aufzunehmen. Vor allem Aufrüstungsverteidigungsminister Leber tut sich darin hervor, in immer neuen Formeln die „Gefahr aus dem Osten“ zu beschwören. Einziger Zweck: Der ungeheure Rüstungsboom, der höchste Rüstungshaushalt in der Geschichte der Bundesrepublik, soll gerechtfertigt werden.

Niemand ist dazu verurteilt, diesem Treiben tatenlos zuzusehen. So, wie bei uns durch Massenaktionen der Ausschlag für die Entspannung gegeben wurde, müssen wir alle jetzt darauf drängen, daß die Entspannung unumkehrbar gemacht wird. Wir können und müssen jetzt dafür kämpfen, daß die politische Entspannung durch die militärische ergänzt wird. Das Groß- und Rüstungskapital wird uns das nicht schenken. Gegen die Rüstungsgewinner haben wir starke Verbündete: die sozialistischen Staaten, die den Frieden brauchen für den Aufbau des Sozialismus, die immer wieder konkrete und realisierbare Abrüstungsvorschläge machen, die die europäische Sicherheitskonferenz initiiert haben, die die abgeschlossenen Verträge peinlich genau einhalten.

Wir stehen in einer weltweiten Friedensbewegung. Sichtbarer und hervorragender Ausdruck dieser Tatsache wird der Weltkongress der Friedenskräfte sein, der in dieser Woche in Moskau beginnt.

Es darf kein Zurück zum kalten Krieg geben!

Die zweite Kampfaufgabe der Studentenbewegung heißt deshalb:

- Hände weg von den Verträgen mit den sozialistischen Staaten! Mit den Provokationen im Stil der fünfziger Jahre ist es nun ein für allemal vorbei! An den Verträgen darf nicht herumgedeutelt werden!
- Wir fordern von der Bundesregierung, sich auf der europäischen Sicherheitskonferenz für friedliche Koexistenz, für ein System der kollektiven Sicherheit in Europa einzusetzen!
- Wir fordern von der Bundesregierung die sofortige Ratifizierung des Atomwaffensperrvertrages!
- Die Möglichkeiten, die die politische Entspannung bietet, müssen endlich genutzt werden! Der Rüstungshaushalt muß sofort und fortwährend gesenkt werden, um den Frieden zu sichern, um das Geschäft mit dem Krieg einzuschränken! So kann letztlich auch den militaristischen, den reaktionärsten Kräften die wirtschaftliche Basis entzogen werden.
- Die Militarisierung des Bildungswesens vor allem in Form der Bundeswehrhochschulen ist unverzüglich zu stoppen! Auf die dort ausgebildeten „Führungskräfte“ für Staat, Wirtschaft und Erziehung wollen wir im Interesse eines Ausbaus der Demokratie statt ihrer Beseitigung gern verzichten!

Jetzt ernst machen mit der Abrüstung!

Kommunisten-

Hatz und

Berufsverbot

Politik nach NPD-Geschmack

Profite und Privilegien geraten in der BRD unter zusehends schärferen Beschuß. Die Herrschenden versuchen dem mit neuen, schlagkräftigeren Werkzeugen zu begegnen. Das Rohmaterial aber ist immer noch das alte: der Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit.

Sieht man sich die angeblichen „Verfassungsfeinde“ einmal näher an, so haben sie, ob sie nun Mitglieder der DKP, der SDAJ oder des Spartakus sind oder nicht, eines gemeinsam: sie setzen sich aktiv für Arbeiterrechte, gegen imperialistische Aggression, für Abrüstung und Demokratie ein, sie sind solidarisch mit dem Kampf der unterdrückten Völker. „Verfassungsfeindlich“ ist alles, was die Herrschaft des Großkapitals irgendwie gefährden könnte. Fortschrittliche, gewerkschaftliche Jugendvertreter werden zu Hunderten aus den Betrieben geworfen. Steikende Arbeiter sollen durch Bespitzelung und gezielte Entlassungen eingeschüchtert werden.

Wer sich an Schulen und Hochschulen für fortschrittliche, marxistische Alternativen zur geistigen Armut des Großbürgertums engagiert, handelt sich schon ein Dossier beim Verfassungsschutz ein, der ihn reif für das Berufsverbot macht. Die tollste Blüte: In Bayern hat das Berufsverbot einen sozialdemokratischen Lehrer getroffen, der dadurch zum „Verfassungsfeind“ wurde, daß er das Schulgebet in seinem Unterricht abschaffte. Die Berufsverbote im öffentlichen Dienst werden seit einigen Monaten verschärft angewandt. Mit der Erklärung Minister Epplers, es gäbe auch bei den Jungsozialisten verfassungsfeindliche Kräfte, sind nunmehr auch linke Sozialdemokraten partei- und regierungsmäßig zum Abschuß freigegeben.

keit als „links“ geltenden Ministers, von dem ähnliche Äußerungen über F. J. Strauß nicht bekannt sind, sollte jedem Sozialdemokraten zu denken geben.

Jetzt wird sogar ein Sondergesetz gegen Demokraten vorbereitet. Dazu wird das Grundgesetz so hingebogen, wie es den Herrschenden gerade paßt. So begründen die Bonner Parteizentralen die Berufsverbote nunmehr damit, daß die Treuepflicht des Beamten gegenüber dem Staat eindeutig Vorrang gegenüber den Verfassungsnormen Gleichheitsgrundsatz und Parteienprivileg genieße. Dazu das NPD-Organ „Deutsche Nachrichten“: „Das ist eine staatskonservative Anschauung, die geradezu dem Programm der NPD entnommen ist.“ Wir hätten nicht gewagt, es so scharf zu formulieren.

Es sind die Kräfte des Großkapitals und der Reaktion, die die Demokratie abbauen, um die „Freiheit“ zu verteidigen. Das ist die Logik, die in letzter Konsequenz auch dem blutigen Terror gegen das chilenische Volk zugrundeliegt. Sie geben es auch schon selber zu: In Chile mußte, wie die FAZ der Junta bescheinigte, die Verfassung gebrochen werden, um „ihre Substanz zu retten“.

Doch auch hier kann Solidarität die Reaktionäre in die Knie zwingen: bei Hoesch und anderswo streikten die Arbeiter so lange für ihre entlassenen Kollegen, bis diese wieder eingestellt wurden. Und in Hamburg mußte sich der Senat unter dem Druck der demokratischen Kräfte einzelne Berufsverbote zurücknehmen.

Einzelerfolge können heute schon erkoren werden! Doch die Berufsverbotspraxis in ihrer Gesamtheit zu beseitigen wird schwerer sein. Dazu bedarf es des zähen, solidarischen Kampfes.

Es bedarf einer breiten Bewegung, denn die Herrschenden weiten die Bedrohung



durch das Berufsverbot immer mehr auf alle demokratischen Kräfte aus. Martin Niemöller hat einmal sinngemäß gesagt: Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, denn ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperren, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Katholiken holten, habe ich nicht protestiert, denn ich war ja kein Katholik. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.

Wenn auch die heutigen Verhältnisse nicht einfach mit denen unter dem Faschismus verglichen werden können, vermittelt diese Aussage eine aktuelle Lehre: Niemand darf abseits stehen, wenn es darum geht, die demokratischen Freiheiten zu verteidigen. Wer heute zu Kommunistenhatz und Berufsverbotschweigen schweigt, macht sich nicht nur mitschuldig, morgen steht er vielleicht selbst schon auf der Abschlußliste! Opportunismus zahlt sich nicht aus. Wer sich nur aus Angst vor dem Berufsverbot nicht im MSB organisiert, schwächt die Kampffront gegen das Berufsverbot und auch seine eigene Kampfposition.

Die dritte aktuelle Kampfaufgabe der Studentenbewegung heißt deshalb:

Verteidigt die demokratischen Rechte und Freiheiten gegen die Angriffe des Großkapitals und der Reaktion

- Solidarisieren wir uns mit den Entlassenen oder von der Entlassung bedrohten Arbeitern! Kämpfen wir gemeinsam mit der Arbeiterjugend für Kündigungsschutz für Jugendvertreter.
- Erkämpfen wir an den Hochschulen kritische, marxistische Alternativen zum etablierten Lehrbetrieb! Das fürchten die Herrschenden und an den Hochschulen vor allem der Bund Freiheit der Wissenschaft wie der Teufel das Weihwasser, denn dann müssen sie sich der geistigen Auseinandersetzung stellen, der sie durch Unterdrückung und Verfassungsbruch so gerne ausweichen möchten. Das Meinungsmonopol der Herrschenden, das sie Pluralismus nennen, muß gebrochen werden! Marxistische Wissenschaftler an die Hochschulen!
- Beteiligt auch an der Aktionswoche gegen die Berufsverbote, die am 25. Oktober beginnt! Arbeitet mit in den lokalen Bürgerinitiativen! Solidarität mit den vom Berufsverbot Betroffenen! Solidarität mit den vom Verbot bedrohten Organisationen MSB SPARTAKUS, SDAJ und DKP!

Kampf dem Meinungsmonopol der Herrschenden – Weg mit dem Berufsverbot!

Arbeiterjugendkonferenz der DKP:

„Die Jugend spielt eine immer größere Rolle“

„Mit der Arbeiterklasse, mit der Jugend, — für Frieden, Demokratie und Sozialismus! Alles für den arbeitenden Menschen!“

Unter dieser Lösung wird die DKP vom 2. bis 4. November ihren Hamburger Parteitag abhalten. Daß die DKP tatsächlich eine Partei der Jugend, der arbeitenden und der studierenden Jugend ist, hat nicht zuletzt ihre Arbeiterjugendkonferenz am 13. Oktober in Frankfurt unterstrichen. Unter anderem lag den 600 Teilnehmern der Konferenz ein Material zum „Gemeinsamen Kampf der arbeitenden, lernenden und studierenden Jugend“ vor, das wir hier dokumentieren:

1. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung der Erde ist nicht älter als 24 Jahre. Und die Zahl der jungen Arbeiter, Schüler und Studenten steigt weiter an. Die Jugend spielt im Produktionsprozeß, im geistig-kulturellen Leben und allen anderen Bereichen der Gesellschaft eine immer größere Rolle. Aber wie in allen imperialistischen Staaten, so stößt auch die Jugend der BRD immer mehr an die systembedingten Schranken ihrer Entfaltungsmöglichkeiten. Die Durchsetzung ihrer Grundrechte wird verwehrt. Es wächst die Zahl derjenigen jungen Menschen, die die sozialen Ungerechtigkeiten, die Verschärfung der Ausbeutung durch die Monopole verspüren und sich dagegen wehren.

2. Die junge Generation setzt sich aus verschiedenen Klassen und Schichten zusammen. In der Jugend- und Studentenbewegung der kapitalistischen

Länder spiegelt sich sowohl die Klassensituation als auch die verschiedenen politischen Strömungen wider. Die politisch-ideologische als auch die organisatorische Zersplitterung entspricht den Interessen der herrschenden Klasse. Sie versucht besonders, einen Keil zwischen die arbeitende und die lernende und studierende Jugend zu treiben. Doch nicht zuletzt der wachsende Einfluß unserer Partei, des SDAJ und des MSB Spartakus verstärkt die Möglichkeiten und die Tendenzen zur Zusammenarbeit der fortschrittlichen Jugend- und Studentenorganisationen und trägt zur Einiung der antikapitalistischen Jugendbewegung bei.

Zu einer immer breiteren und engeren Zusammenarbeit kam es in der Durchführung konkreter politischer Aktionen. Dies zeigte sich besonders in der gemeinsamen Vorbereitung und Teilnah-

me der verschiedensten Jugend- und Studentenorganisationen der BRD an den X. Weltfestspielen.

3. Die von den Monopolen betriebene inflationistische Preistreiberei trifft besonders auch die Jugend, da sie über weniger Geld verfügt als Normalverdienende. Die Preissteigerungen für Waren und Dienstleistungen, die besonders von Jugendlichen in Anspruch genommen werden, sind immens:
Kino und Sportveranstaltungen 9,2 Prozent,
Discotheken 6,5 Prozent,
Tabakwaren 19,4 Prozent,
öffentliche Verkehrsmittel 7,8 Prozent,
Wochenkarten der Bundesbahn 11,7 Prozent,
Schuhe 10 Prozent,
Körperpflegemittel 7,5 Prozent.

Lehrlinge kämpfen, gemäß ihrer objektiven Lage als Teil der Arbeiterklasse, gemeinsam mit den älteren Kollegen für Teuerungszulagen und Reallohn erhöhungen und für die Bindung des Lehrlingslohnes an den Facharbeiterlohn in einem mit den Lehrjahren steigenden prozentualen Verhältnis (Prozenttarif), so daß die Jugendlichen unabhängig von Dritten leben können.

Schüler und Studenten kämpfen für eine kostendeckende Ausbildungsförderung, für die Anhebung der Einkommensfrei-

beträge und deren jährliche Anpassung an die Lohnentwicklung.

Junge Menschen kämpfen gemeinsam mit der arbeitenden Bevölkerung für

- Preisstopp unter öffentlicher Kontrolle vor allem für Grundnahrungsmittel, Mieten, Heizung, öffentliche Tarife und Dienstleistungen;
- Überführung der marktbeherrschenden Unternehmen und Bankkonzerns in gesellschaftliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle durch die Arbeiterklasse, die anderen antimonopolistischen Kräfte und deren Organisationen,

- Senkung der Lohnsteuer und der Sozialausgaben,

- Kürzung des Rüstungsetals.

- 4. Das Bildungswesen in der BRD ist „sitten geblieben“. Der materielle und geistige Bildungsnotstand vergrößert



sich ständig. Nur 5 Prozent des Brutto sozialprodukts betragen die Ausgaben in Bund, Länder und Gemeinden für das Bildungswesen. Bis 1975 sollen die

Ausgaben nur auf 6 Prozent steigen obwohl im ersten Entwurf des Bildungs gesamtplans als Mindestforderung 8 Prozent erhoben wurden.

Die bürgerliche Klassenschule und das dreigliedrige Schulsystem bringen eine deutliche Benachteiligung für Kinder aus sozial schwachen Familien. So sind nur 8 Prozent aller studierenden Kinder aus Arbeiter- und Bauernfamilien. Aber Gesamtschulen und Gesamthochschulen sollen auch weiterhin eine Ausnahme bleiben.

Die herrschende Klasse besitzt noch immer das Privileg zu bestimmen, was gelehrt wird und wer studieren darf. Statt die Bildungsqualifikation allgemein zu erhöhen, werden Schüler durch den Numerus clausus gehindert, sich wissenschaftlich zu qualifizieren. In den Schulen und Hochschulen herrschen noch immer die reaktionären Lehrinhalte vor. Durch die Androhung von Berufsverboten soll verhindert werden, daß fortschrittliche Lehrkräfte im Unterricht die Wahrheit über die Ursachen des Krieges und des Faschismus vermitteln, dem Kampf der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung für Frieden und sozialen Fortschritt der gebührende Platz eingeräumt wird, daß die Wissenschaft von der Herrschaft des Großkapitals und von der Pervertierung zur Vernichtungswissenschaft befreit wird, daß der wissenschaftliche Sozialismus Eingang in die Schulen und Hochschulen der BRD findet.

Der Arbeiterklasse soll die Mitbestimmung und die demokratische Kontrolle im Bildungsbereich verweigert werden. Statt dessen schreitet die Militarisierung immer weiter voran. Für bundeswehr eigene Hochschulen werden Millionen von DM zur Verfügung gestellt. Schon plant der Hartmann-Bund eine private medizinische Universität, und auch Bayer, Hoechst und Krupp beschäftigen

Brecht das Bildungsprivileg der Reichen

- Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen! Die Lehrlinge sind nicht für den NC verantwortlich, und die Studenten nicht für die miese Berufsausbildung. Studenten, Lehrlinge und Schüler gemeinsam gegen die Alleinverantwortlichen, gegen Monopole und Ministerien!
- Unterstützen wir die Schüleraktionen gegen den NC, die Komitees „kleine Klasse“ und ähnliche gemeinsame Bewegungen von Eltern, Lehrern, Schülern und Studenten. Die Gewerkschaften haben sich klar gegen den NC ausgesprochen — nutzen wir dies für gemeinsame Aktionen mit Gewerkschaftern und Betriebsräten.
- Wehren wir uns auch gegen die Ergänzung des NC durch eine Art „inneren NC“ in Form von unzumutbaren Studienbedingungen. Häufig — vor allem in naturwissenschaftlichen Fächern — wird den Studenten eingeredet, man habe nur die Wahl zwischen Pest und Cholera: Entweder überfüllte Übungsräume, oder zusätzliche Aufnahmeprüfungen und Scheine für einzelne Veranstaltungen. Häufig stellen Hochschullehrer auch eigenmächtig solche Extrahürden an Ihren Instituten auf. Auf diese Mätzchen dürfen wir uns nicht einlassen! Wo es den Herrschenden wichtig ist, finden sie auch Mittel und Wege zur Bereitstellung angemessener Arbeitsbedingungen. An den Bundeswehrhochschulen z. B. kommt auf 10 Studenten ein Dozent! Die Erfahrungen an einzelnen Hochschulen zeigen es: Lehrveranstaltungen mit unzumutbaren Arbeitsbedingungen oder zusätzlicher Aussiebeverfahren können erfolgreich bestreikt werden!
- Verschacherung einiger Studienplätze nach relativ willkürlichen Kriterien ist nicht unsere Sache. Mangelverwaltung und Rationalisierung der Mangelplanung per Hochschulrahmengesetz ist Sache des Großkapitals, den horrende Rüstungsprofile natürlich näher stehen als Bildung und Gesundheit. Führen wir deshalb in allen Aktionen der arbeitenden Bevölkerung von Augen: Politische Umweltverschmutzung durch Rüstung und den NC müssen verschwinden, damit die ärztliche Versorgung verbessert werden, das gesamte Bildungswesen einschließlich der Berufsausbildung ausgebaut werden und mehr Arbeiterkinder studieren können.

**Bildung statt Bomben —
Kampf dem Numerus clausus**

Studienreform — Dohnanyis Liebling

Mittlerweile werden zwei Drittel der Studienbewerber in vom Numerus clausus betroffenen Fächern abgewiesen. Die Ausbildungsmisere in der BRD wird durch „Bildungsreform“ und Hochschulrahmengesetz nicht etwa behoben, sondern reguliert. Der NC soll nicht nur vorübergehend irgendwelche „Schülerberge“ abtragen, sondern er hat Methode.

Die Leidtragenden sind nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern die Masse der arbeitenden Menschen:

- Das Bildungsprivileg der Reichen wird im Kern nicht angelastet.
- Der Lehrer- und Ärztemangel wird verewigt.

Zugleich trägt der NC dazu bei, die Arbeitsbedingungen für Lehrer und Ärzte — und das betrifft die heutigen Lehrer- und Medizinstudenten — noch unzumutbarer zu machen. Die Politiker und Konzernvertreter haben zur Entschuldigung des NC einen neuen Dreh gefunden und plötzlich ihr Herz für die Lehrlinge entdeckt: Für die Hochschulen sei genug ausgegeben worden, jetzt kämen erst einmal die Berufsschulen an die Reihe. Die gewerkschaftlichen Jugendvertreter, die wegen ihres Engagements für eine bessere Berufsausbildung auf die Straße fliegen, haben diesen Schwindel längst durchschaut.



Überall das gleiche Bild: ein Immatrikulationsbüro. Nachher geht die Drängelei in den Seminaren weiter.

Mitbestimmung in Hochschule und Betrieb

Das Meinungsmonopol der Herrschenden an den Hochschulen ist immer breiterer Kritik und Opposition ausgesetzt. Jetzt haben sie versucht, mit dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts, der die gleichberechtigte Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen als verfassungswidrig verurteilt, einen Retungssanker für die Erhaltung ihrer Macht auszuwerfen.

Weil wir Kampfpositionen für die Durchsetzung einer demokratischen

- Unterstützen wir die Forderung der Arbeiter nach Mitbestimmung in der Wirtschaft! Knüpfen wir an Forderungen des DGB in seinen 23 Hochschulthesen nach gleichberechtigter Mitbestimmung aller Hochschulangehörigen an!

- Entscheidend für die Verwirklichung unserer Forderungen ist, daß wir selbst aktiv werden. Der demokratische Massenkampf ist der beste Garant, daß unsere inhaltlichen Forderungen nach einer demokratischen Ausbildung durchgesetzt werden. Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter, Dozenten, Arbeiter und Angestellte im Hochschulbereich, — alle fortschrittlichen Hochschulangehörigen müssen sich zusammenschließen und den Bund Freiheit der Wissenschaft, die Reaktion isolieren, damit das politische Kräfteverhältnis verändern. Dann werden sich neue Bündnispartner

Die „Studienreform“ ist gegenwärtig das liebste Kind von Dohnanyi und Co. Doch jeder Student kann leicht hinter die Kulissen der schönen Worte schauen: Die Ziele und Hauptinhalte der Ausbildung werden nicht geändert, die Ausbildung wird lediglich „modernisiert“. Durch die Einführung kürzerer Studiengänge und der Regelstudienzeit für die Masse der Studenten wird auch

lich: Nicht selbstständiges, kritisches Denken ist gefragt. Statt dessen wird eine Industriegesellschaftsideologie oder — wie z. T. in den Naturwissenschaften — eine „Ideologie der Ideologielosigkeit“ verbreitet, mit der die bestehenden Klassenverhältnisse verschleiert und Wissenschaft und Technik zum bestimmenden Faktor gesellschaftlicher Entwicklungen erklärt werden sollen. Natur- wie Gesellschaftswissenschaftlern wird Inkompetenz in politischen Fragen geradezu anerzogen, um sie zum Spielball der herrschenden Interessen zu machen. All dies widerspricht nicht nur unseren individuellen Vorstellungen vom wissenschaftlichen Studium, sondern steht im schroffen Gegensatz zu dem Interesse der Arbeiterklasse an der Befreiung der Wissenschaft aus spätbürgerlicher Beschränktheit und der Nutzung ihrer Erkenntnisse für den gesellschaftlichen Fortschritt.

Damit den Studenten die Erziehung zur politischen Inkompetenz und die bürgerliche Ideenarmut nicht allzu störend auffallen, soll schon durch die äußere Gestaltung der Studiengänge dafür gesorgt werden, daß die Studenten nicht auf dumme Gedanken kommen: Neue Prüfungsordnungen, die allerorten eingeführt werden, bringen fortlaufende Verschärfungen der Studiembedingungen wie Erhöhung der Pflichtstundenzahl und die Anzahl der Pflichtklausuren.

Um demokratische Ausbildungsziele, um eine Wissenschaft und Bildung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung durchsetzen zu können, brauchen wir die uneingeschränkte kritische, wissenschaftliche und politische Auseinandersetzung mit den etablierten Lehrinhalten. Wir wollen zügig und wissenschaftlich auf unseren Beruf vorbereitet werden, aber nicht auf eine Rolle als nützliche Idioten, die beliebig für die Profit- und Herrschaftsinteressen des Großkapitals und gegen die Arbeiter eingesetzt werden können. Deshalb — und nicht weil wir Faulpelze wären — kämpfen wir.

- gegen die Kurzstudiengänge,
- gegen die vorgesehene zentrale Lenkung dieser Studiengänge mit Hilfe Dohnanyis Hochschulrahmengesetz,
- gegen die vielen kleinen Nadelstiche, mit denen in den einzelnen Fachbereichen die Studien- und Prüfungsbedingungen Schritt für Schritt verschärft werden.
- Demokratische Ausbildungsziele durchsetzen, setzt die Berufung marxistischer und anderer kritischer Wissenschaftler voraus. Linke Tutoren und Dozenten müssen ungehindert lehren dürfen!
- Wenden wir uns an die Arbeiter, um Unterstützung für den Kampf für demokratische Ausbildungsziele zu gewinnen



dem letzten klar, daß er für abhängige Arbeit ausgebildet wird. Welcher Art die Anforderungen sind, die diese abhängige Arbeit an uns stellen wird, ist aus den bereits vorliegenden Studienreformplänen der Herrschenden ersicht-

Gegen die Studienreglementierung — Für demokratische Ausbildungsziele

Bearbeitung einer demokratischen Ausbildung brauchen, dürfen wir nicht darauf verzichten, längerfristig für eine gleichberechtigte Mitbestimmung der Gewerkschaften an den Hochschulen einzutreten.

Eine demokratische Mitbestimmung ist aber nur im Zusammenwirken von Arbeiterklasse und Studenten durchzusetzen. Und die Erkämpfung der Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen wird sich auf die Dauer nicht unterdrücken lassen. Denn gerade in den Betrieben wird den arbeitenden Menschen immer deutlicher, daß sie die Mitbestimmung als Instrument gegen monopolistische Preistreiberei, Entlassungen und Arbeitsetze brauchen.

Verhältnis verändern. Dann werden sich neue Bündnispartner anbieten, neue Einflußmöglichkeiten eröffnen, selbst unter den Bedingungen des BVG-Urteils!

- Keine Mitbestimmungsposition darf kampflos geräumt werden. Verteidigen wir noch vorhandene Mitbestimmungsmöglichkeiten gegen die Versuche, durch Landeshochschul-Novellierungen und das Hochschulrahmengesetz, das BVG-Urteil, das sich unmittelbar nur auf Niedersachsen bezieht, auf das ganze Bundesgebiet auszudehnen.
- Alle studentischen Gremienvertreter haben die Aufgaben, die Gremien noch mehr zur Tribüne der demokratischen Forderungen der Studenten zu machen, die Gremienarbeit noch stärker in den Dienst der studentischen Massenbewegung zu stellen. Dazu müssen alle Einschränkungen, wie „Friedenspflicht“ und Geheimhaltungzwang bekämpft und praktisch durchbrochen werden.

Für Mitbestimmung und Demokratie an den Hochschulen

Für eine starke verfaßte Studentenschaft

Unsere Erfahrungen bestätigen: Im Kampf für ein materiell abgesichertes Studium, für eine qualifizierte demokratische Ausbildung sind die Organe der verfaßten Studentenschaft, die ASTEN, Fachschaften und der VDS eine wirkungsvolle Stütze. Daher die Versuche der Reaktion, den ASTEN einen politischen Maulkorb zu verpassen, daher die Einschränkung der Beitragshoheit, der Satzungsautonomie und sogar die vollständige Liquidierung.

Viele Studenten haben die Bedeutung der verfaßten Studentenschaft erkannt und sind bereit, sie zu verteidigen. Daher konnten dabei auch schon wichtige Erfolge erzielt werden. Dies zeigt sich auch darin, daß die Herrschenden statt der offenen Liquidierung der ASTEN nunmehr ihre Aushöhlung und Schwächung bevorzugen.

Die Herrschenden wissen, worum es geht. Organisiertes Handeln ist der Kern jeder Bewegung. Das sieht man nicht nur an der Geschichte der Studentenbewegung, sondern vor allem auch in den Betrieben: Fast alle Streiks der letzten Wochen und Monate konnten erfolgreich durchgeführt werden, weil die Gewerkschafter in den Betrieben, in erster Linie die Vertrauensleute, den Lohnkampf organisierten. Aus den Erfahrungen der Arbeiterbewegung müssen auch wir lernen! Gerade in der Auseinandersetzung mit dem Hochschulrahmengesetz sind deshalb für uns zentrale Forderungen:

- Wir brauchen selbstständige Interessenvertretungen und nicht durch Maulkorbbestimmungen eingeschränkte Gremienvertreter.
- Wir brauchen die Beitragshoheit und keine staatlichen Almosen, die uns lammfromm machen sollen.
- Wir brauchen die Satzungsautonomie und das Recht zu politischer Betätigung, weil die Interessen der Studenten nicht hochschulbiorientiert sondern nur im Bündnis mit der arbeitenden Bevölkerung durchgesetzt werden können und weil die Wissenschaftler und Intellektuellen Mitverantwortung für den Frieden, die nationale Unabhängigkeit der Völker und den demokratischen, sozialen Fortschritt haben. Dem demokratischen Dachverband der Hochschulstudenten, dem VDS dürfen nicht länger die ihm zustehenden Bundesmittel verweigert werden.
- Die Fachhochschulstudenten brauchen einen Dachverband, der ihren Interessenkampf gegen das Großkapital vorantreibt. Die sektorale Führung im SVI hat schon lange abgewirtschaftet. Für eine SVI-Politik im Interesse der Fachhochschulstudenten! Stärkt die verfaßte Studentenschaft: Wählt Spartakisten in die Studentenparlamente und Fachschaftsräte! Arbeitet in den Fachschaften mit, besucht die Vollversammlungen; Führt den demokratischen Interessenkampf im Rahmen Eures ASTA bzw. — im nationalen Maßstab — des VDS!

Für die verfaßte Studentenschaft mit Beitragshoheit, Satzungsautonomie und dem Recht zu freier politischer Betätigung

Die Studentenbewegung braucht die richtige Strategie

Die Studenten können nur erfolgreich für ihre Interessen kämpfen, wenn sie breite, solidarische Massenaktionen entwickeln!

Die Studenten können nur dann zur Veränderung des Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft beitragen, wenn sie sich mit der Arbeiterklasse verbünden, wenn sie in demokratischen Bewegungen mit anderen gesellschaftlichen Kräften zusammenarbeiten!

Die Studentenbewegung braucht gemeinsame demokratische Forderungen! Doch wenn unser Weitblick bereits an der Tür unseres Seminars endet, werden wir das Gemeinsame in unseren Forderungen nie erkennen können.

Die Studenten der Bundesrepublik können sich deshalb keine Kirchurmspolitik mehr erlauben! Diskutiert die 8 aktuellen Kampfaufgaben der Studentenbewegung! Tragt die jeweiligen politischen Forderungen in jede Teilbewegung, in jede Vollversammlung, in jede Fachschaftssitzung, in jede Wohnheimversammlung!

Wendet Euch an die Arbeiter und Angestellten Eures Ortes, erklärt ihnen unsere Forderungen! Gewinnt die Sympathie und Unterstützung der arbeitenden Menschen für die demokratischen Alternativen der Studentenbewegung zur Hochschulpolitik des Großkapitals! Das ist keine abstrakte Propagandalösung, sondern eine konkrete Tagesaufgabe!

Deshalb begrüßen wir es aus vollem Herzen, wenn die Gewerkschaften, wie es in den 23 Thesen des DGB zur Hochschulreform zum Ausdruck kommt, beginnen, sich um die Bildungspolitik zu kümmern, sich für eine Bildungsreform im Interesse ihrer Mitglieder einzusetzen. Wenn die Gewerkschaften hier keine falschen politischen Rücksichten nehmen, wenn sie sich ausschließlich vom Interesse der Arbeiter und Angestellten leiten lassen, wenn sie dabei die Masse ihrer Mitglieder aktiv einbeziehen, also den Weg beschreiten, der sich in der Gewerkschaftsbewegung als der einzige erfolgreiche erwiesen hat, dann werden Zeichen gesetzt, an denen weder Dohnanyi noch irgend ein anderer Unternehmerpolitiker vorbeisehen kann.

Wir wissen sehr gut: alle etablierten politischen Kräfte stehen gegen uns, gegen die Studentenbewegung. Die große Mehrheit der SPD-Wähler wird uns da zustimmen. In so gut wie allen praktischen Kämpfen haben die Studenten

entwickelt, der den demokratischen Kampf mit der sozialistischen Zukunft unseres Landes verbindet. Der Parteitag der DKP, der Anfang November in Hamburg stattfindet, ist deshalb für die Studentenbewegung ebenso wie für die Arbeiterbewegung von großer Bedeutung. Von den etablierten Parteien haben wir nichts zu erwarten als Repression und Anpassungzwang. Von der weiteren Stärkung der DKP wird es deshalb abhängen, wie weit wir unsere Forderungen durchsetzen und absichern können. Das sollten wir auch nicht vergessen, wenn es jetzt in einigen Ländern und Kommunen wieder an die Wahlurnen geht. Kein fortschrittlicher Student sollte sich einbilden, er könne jemals seine Vorstellungen von demokratischem Fortschritt in Hochschule und Gesellschaft verwirklichen, wenn er heute nicht einmal bereit ist, der DKP seine Stimme zu geben!

Kein Zweifel: die Studentenbewegung muß sich einen langen Atem antrainieren, wenn sie gegen ihren raffi-

und nicht entstellt wiederfinden. Die Lektüre der UZ ist von großer Bedeutung für jeden fortschrittlichen Studenten, der sich ein realistisches Bild über die Probleme der Arbeiterbewegung machen will, über die Konflikte in Betrieb und Gewerkschaft, und über die Lösungswege, die die klassenbewußten Arbeiter anstreben. Die UZ berichtet deshalb auch ausführlich über den Kampf der kommunistischen Arbeiter im Betrieb, sie durchbricht den Ring des Totschweigens, den die bürgerlichen Meinungsmakulatoren um den Kampf der einzigen Arbeiterpartei unseres Landes gelegt haben.

Der Klassenkampf in der BRD verschärft sich, die Lage an den Hochschulen spitzt sich zu. Jeder linke Student muß sich in dieser Situation die Frage vorlegen: Genügt es, sich nur unregelmäßig und unverbindlich an politischen Aktionen zu beteiligen? Bedarf es nicht der kontinuierlichen Arbeit einer einzigen Kraft in der Studentenbewegung, die mit Perspektivlosigkeit und Auf-der-Stelle-Treten aufräumt? Wir verheimlichen nicht unsere Meinung: Wer ernsthaft die Studentenbewegung voranbringen, Großkapital und Imperialismus bekämpfen will, muß sich organisieren, muß Mitglied im MSB Spartacus werden. Das ist auch die beste Möglichkeit, für die eigenen Interessen zu kämpfen. Mitglied im MSB zu werden heißt, Genossen zu haben, auf die man sich verlassen kann.

In den letzten zweieinhalb Jahren sind weit über zweieinhalbtausend Studenten neu in den Spartakus eingetreten, so daß er jetzt über dreieinhalbtausend Mitglieder umfaßt. Das ist schon recht viel, aber noch viel zu wenig. Zieh auch du die Konsequenz aus deinen eigenen Erfahrungen: Organisiere dich im Spartakus! Der Spartakus hat eine klare Strategie, die den demokratischen Kampf, der heute an den Hochschulen geführt wird, mit sozialistischem Ziel verbindet. Der Spartakus hat als bisher

ten können und müssen sie damit beginnen! Sie werden ihrer Verantwortung vor den demokratischen Kräften in der Gesellschaft gerecht werden und auch erste Erfolge erringen, wenn sie sich die Lösung dieses großen Meetings in Dortmund zu eigen machen:

**FÜR DIE EIGENEN INTERESSEN
KÄMPFEN —
MIT DER ARBEITERKLASSE
VERBÜNDET
SOLIDARITÄT MIT DEM ANTI-
IMPERIALISTISCHEN BEFREIUNGSKAMPF**

Aufruf an die Studenten der BRD

Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Wir, 2000 Studenten, die sich am 20. Oktober in Dortmund versammelt haben, Mitglieder des MSB Spartakus und bisher nicht organisierte, wenden uns an alle Kommilitonen in der Bundesrepublik:

Wendet für Eure Interessen aktiv — engagiert Euch!

Die Lage an den Hochschulen, in der Gesellschaft, im politischen Leben überhaupt, fordert uns dazu heraus:

Die Inflation fräß Arbeiterlöhne und BaFG-Stipendien. Zimmer sind immer schwerer zu finden und wenn, dann meist zu hohen Preisen. Die Arbeiter lassen sich das nicht länger gefallen und kämpfen für Lohnerhöhungen. Kämpfen wir gemeinsam mit den Kollegen in den Betrieben gegen die Verschlechterung unserer sozialen Lage, gegen das Großkapital! Solidarität macht stark! Die Bedingungen für unsere Ausbildung verschlechtern sich fast überall, die Ministerien drehen ständig an der Prüfungsschraube und stützen die Studiengänge nach Konzerngeschmack zurecht. Kritische und demokratische Ausbildungsinhalte fallen so immer häufiger der Vorzensur des Bundes Freiheit der Wissenschaft zum Opfer. Die Herrschenden haben eine große politische Flurbereinigung begonnen: Die Berufsverbote werden ausgeweitet, die gleichberechtigte Mitbestimmung wird vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig bezeichnet. Und dieser Zustand soll jetzt noch mit einer eisernen Klammer befestigt werden: dem Hochschulrahmengesetz!

Niemand darf abseits stehen, wenn es darum geht, diesen Angriff des Großkapitals auf unsere Ausbildung, auf unsere demokratischen Rechte, abzuwehren. Wer sich nicht auf die eigene Kraft verläßt, ist verlassen. Üben wir Solidarität untereinander: Mit unseren Kommilitonen aus anderen Fachbereichen oder an anderen Hochschulen. Kämpfen wir gemeinsam mit allen anderen vom Bildungsnotstand Betroffenen, den Arbeitern, den Schülern, den Lehrlingen. Verteidigen wir gemeinsam unsere demokratischen Rechte und Freiheiten.

Im internationalen Maßstab versucht der Imperialismus und die Reaktion, wie



die SPD-Regierung, sei es auf Bundes-, Länder- oder auf kommunaler Ebene nur als Gegner kennengelernt. Es gibt in unserem Lande nur eine Partei, die ein antimonopolistisches Hochschulprogramm besitzt, die die demokratische Studentenbewegung stets konsequent unterstützt, die eine linke Gesamtauswahlalternative zu den alten politischen Kräften darstellt: die Deutsche Kommunistische Partei! Die DKP ist noch lange nicht stark genug. Doch die Studentenbewegung braucht eine starke kommunistische Partei. Nur eine starke DKP ist der stabile und zuverlässige Faktor, der die Einheit der demokratischen Bewegung in allen gesellschaftlichen Bereichen herstellt, der die gemeinsame Aktion aller Linkskräfte gegen das Großkapital organisiert, der die Arbeiterbewegung zu einer kontinuierlichen Stütze aller anderen demokratischen Bewegungen

nierter Gegner erfolgreich bestehen will. Genauso dringend braucht sie einen klaren Kopf! Sie muß sich aus dem Garn der bürgerlichen Meinungsmanipulation befreien. Sie braucht unverfälschte Informationen.

Die Bedingungen dafür sind besser geworden. Aus den Roten Blättern, die vom Bundesvorstand des MSB Spartakus herausgegeben werden, erfährt man, was sich in der Studentenbewegung der BRD, aber auch anderer Länder tut. Das ist von großer Bedeutung für die Koordination und Vereinheitlichung von Bewegungen. Aus den Roten Blättern können sich Studenten auch über wichtige innen- und außenpolitische Fragen informieren und aus erster Hand die Meinung des Spartakus zu zentralen aktuellen Problemen des nationalen und internationalen Klassenkampfes auf den Gebieten der Politik, Wirtschaft und Kultur, zu theoretischen Streitfragen und zu den Erfolgen aber auch den Problemen der sozialistischen Länder kennenlernen.

Endlich gibt es in unserem Land aber auch eine Tageszeitung, die objektiv über das Leben und den Kampf der Arbeiter und der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen berichtet: die UZ, die Zeitung der DKP. Die UZ ist die tägliche Alternative zu allen anderen in unserem Land erscheinenden Tageszeitungen, zur Welt und zur FAZ ebenso wie zur Süddeutschen und zur Frankfurter Rundschau. Überzeugt Euch selbst: die UZ ist die einzige Tageszeitung in der Bundesrepublik, in der Studenten sich selber, ihren eigenen Kampf ausführlich und wahrheitsgetreu

verbindet. Der Spartakus hat als bisher einzige Organisation ein „Programm für das gemeinsame Handeln der Studenten“ vorgelegt. Auf der Grundlage dieses Aktionsprogramms kann sich die Masse der Studenten zusammenschließen, weil es die gemeinsamen Interessen der Mehrheit der Studenten zum Ausdruck bringt. Auf der Grundlage seiner konstruktiven, demokratischen Alternativen lohnt es sich zu kämpfen, weil man Erfolge haben kann: denn es drückt keine Sonderinteressen der Studenten gegenüber der übrigen Bevölkerung aus, sondern die gemeinsamen Interessen von Studenten und Arbeiterklasse.

So ist es ganz natürlich, daß dieses Kampfprogramm immer wieder den Gegnern erkennbar macht, gegen den jede demokratische Reform durchgesetzt werden muß: das Monopolkapital und sein Staat. Deswegen läßt das Programm auch keine Zweifel daran, daß die politischen und Bildungsinteressen der Studenten erst im Sozialismus voll und dauerhaft verwirklicht werden können. Denn nur eine Gesellschaftsordnung, die nicht vom Profitinteresse einer Minderheit bestimmt wird, ermöglicht die volle Entfaltung menschlicher Anlagen und Fähigkeiten, die aktive Teilnahme der arbeitenden Menschen an allen wichtigen Entscheidungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Erst in der sozialistischen Gesellschaft können die Studenten ihre wissenschaftlich gebildete Arbeitskraft schöpferisch zur planvollen Nutzung und Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums und zum Wohl der arbeitenden Bevölkerung einsetzen.

Das Programm beschreibt also allen Studenten, die den Sozialismus wollen, die nächsten Schritte auf dem Weg dorthin. Es beweist aber auch all denjenigen, denen es zunächst allein um einzelne Verbesserungen ihrer Lage geht, daß der Versuch, sich mit den Herrschenden zu arrangieren, allenfalls mit schönen Versprechungen belohnt wird, und daß die Studenten sich gegen das Großkapital zusammenschließen müssen, wenn sie die alten, unbefriedigenden Verhältnisse verändern wollen. Das Studentenaktionsprogramm des Spartakus ist eine konkrete demokratische Gesamtauswahl zur Hochschulpolitik aller etablierten gesellschaftlichen Kräfte. Das Programm enthält keine leeren Versprechungen. Die Studenten selber können und werden es verwirklichen! In den kommenden Wochen und Mona-

Im internationalen Maßstab versucht der Imperialismus und die Reaktion, wieder die Oberhand zu gewinnen. Die historischen Erfolge der Kämpfe für nationale Befreiung in Vietnam, der Kräfte des Friedens in Europa lassen die Reaktionäre nicht ruhen, in Chile versuchen sie die fortschrittliche Bewegung in einem grausamen Blutbad zu ertränken. Im Nahen Osten hat die Aggression der israelischen Landräuber zu einem neuen Krieg geführt. In Europa versuchen sie immer neue Sprengsätze gegen die Entspannungspolitik zu legen, die Substanz der abgeschlossenen Verträge auszuhöhlen, den Rüstungsboom anzuheizen und mit antikommunistischen Propagandakampagnen die Zeichen der Zeit wieder auf kalten Krieg zu stellen.

Die Massenbewegungen für die Verträge haben den Weg gezeigt, wie die kalten Krieger zurückgedrängt werden können. Diesen Weg müssen wir jetzt wieder beschreiten! Es darf kein Zurück zum Klima der finsternen 50er Jahre geben!

Massenbewegungen, weltweite Solidaritätsaktionen waren es auch, die zum Sieg des vietnamesischen Volkes erheblich beigetragen haben. Jetzt müssen wir erneut die internationale Solidarität verstärken: Mit dem Volk in Chile, mit den arabischen Völkern, mit dem Befreiungskampf aller unterdrückten Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Faschismus! Entwickeln wir eine breite antiimperialistische Einheitsfront, handeln wir im Geist der X. Weltfestspiele der Jugend in diesem Sommer in Berlin.

Heute muß jeder Farbe bekennen! Wir Studenten müssen Partei ergreifen für den gesellschaftlichen Fortschritt. Wir müssen uns einreihen in die demokratische Bewegung in unserem Land.

Die Kräfte der Studentenbewegung dürfen nicht verzettelt werden. Konzentriert Euch auf die Brennpunkte der Auseinandersetzung! Stellt von Kiel bis Konstanz gemeinsame politische Forderungen auf! Denn die Herrschenden gehen nach einem einheitlichen Konzept vor — Unterordnung der Hochschulausbildung unter die Interessen des Großkapitals —, ob sie den Fachhochschülern in NRW eine Prüfungsordnung aufzwingen wollen, in Bremen Mitbestimmungsrechte zu liquidieren versuchen oder in Bayern ein Berufsverbot verhängen. Deshalb ruft das Dortmunder Meeting auf zur Einheit der Studentenbewegung: Auf der Basis konstruktiver, gegen Großkapital und Reaktion gerichteter Forderungen, die die Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung verdienen und deshalb ihr Verständnis finden können.

Kämpft solidarisch: an der Seite der Arbeiterklasse, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften. Nur so werden Erfolge erzielt, nur so gewinnt unser Kampf Perspektive, trägt bei zur Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse und der demokratischen Bewegung. Nur so werden wir auch das Hochschulrahmengesetz wirksam bekämpfen können!

Kommilitonen,

jetzt sind Aktionen notwendig:

- Für die internationale Solidarität gegen den Imperialismus, gegen Kolonialismus und Faschismus, gegen die Massaker und politischen Verfolgungen in Chile!
- Gegen die kalten Krieger und NATO-Strategen, für sofortige konkrete Abrüstungsschritte!
- Für die völlige Aufhebung der Berufsverbote, gegen das Meinungsmonopol der Herrschenden!
- Für Bafög-Erhöhung auf 500,— DM sofort, gegen Mieterhöhungen!
- Gegen den Numerus clausus, für Bildung statt Bomben!
- Gegen Studienreglementierung — für demokratische Ausbildungsziele!
- Für Mitbestimmung und Demokratie an der Hochschule und im Betrieb!
- Für die Verfaßte Studentenschaft mit Beitragshoheit, Satzungsautonomie und dem Recht zur freien politischen Betätigung!

Lest und diskutiert das Studentenaktionsprogramm des MSB Spartakus. Hier wird zum erstenmal ein umfassendes Konzept für den Kampf der Studenten entwickelt. Kämpft organisiert: Arbeitet in den Fachschaften mit, kämpft mit Spartakus und im Spartakus!

Für die eigenen Interessen kämpfen — mit der Arbeiterklasse verbünden — Solidarität mit dem antiimperialistischen Befreiungskampf!

rote blätter

Organ des Bundesvorstands des
MSB Spartakus.

Verantwortlich: Hartmut Schulze
53 Bonn 1, Postfach.

Fotos: Magda Taroni, Fotocol,
Gruppe Arbeiterfotografie Hamburg.
Karikaturen: Stefan Siegert, Guido
Zingerl.

Druck: Plambeck & Co. GmbH,
Neuss.